



Jahresbericht 2023

Deutsche Industrie- und Handelskammer

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

Geschäftsführendes DIHK-Präsidium*

Präsident



Peter Adrian
Vizepräsident der IHK Trier
(Vorstand der TRIWO AG, Trier)

Hauptgeschäftsführer

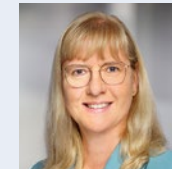


Dr. Martin Wansleben
Hauptgeschäftsführer der
Deutschen Industrie- und
Handelskammer



Geschäftsführendes DIHK-Präsidium (v.l.n.r.):
Martin Wansleben, Klaus-Hinrich Vater, Peter Adrian, Ralf Stoffels, Kirsten Schoder-Steinmüller, Klaus Olbricht

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten



Kirsten Schoder-Steinmüller
Präsidentin der IHK Offenbach am Main
und Präsidentin des HHHK
(Geschäftsführerin der Schoder GmbH,
Langen)



Klaus Olbricht
Präsident der IHK Magdeburg
(Geschäftsführer der Elektromotoren und
Gerätebau Barleben GmbH, Barleben)



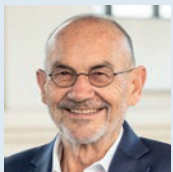
Ralf Stoffels
Präsident der Südwestfälischen IHK zu Hagen
und Präsident von IHK NRW
(geschäftsführender Gesellschafter
der BIW Isolierstoffe GmbH, Ennepetal)



Klaus-Hinrich Vater
Vizepräsident der IHK zu Kiel
(Geschäftsführer der Vater Holding
GmbH, Schwentinental)

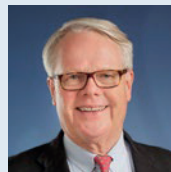
* Der Präsident, die Vizepräsidentin und Vizepräsidenten sowie der Hauptgeschäftsführer bilden das geschäftsführende Präsidium im Sinne von § 26 BGB. Stand: 31.12.2023

Mitglieder des DIHK-Präsidioms



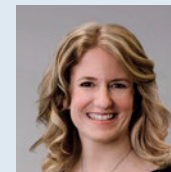
Prof. Norbert Aust

Präses der HK Hamburg
(Geschäftsführer der ABH Besucherhaus
GmbH PIERDREI Hotel Hafencity Hamburg,
Hamburg)



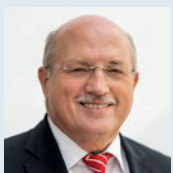
Eduard Dubbers-Albrecht

Präses der HK Bremen – IHK für Bremen
und Bremerhaven (Geschäftsführender
Gesellschafter der Ipsen Logistics Holding
GmbH & Co. KG, Bremen)



Dr. Nicole Grünewald

Präsidentin der IHK zu Köln
(Geschäftsführende Gesellschafterin
der The Vision Company Werbe-
agentur GmbH, Köln)



Dieter Bauhaus

Präsident der IHK Erfurt
(Inhaber der Unternehmensmanagement –
Generationsmanagement, Erfurt)



Dr. Andreas Engel

Präsident der IHK zu Coburg
(Geschäftsführender Gesellschafter der
Leise GmbH & Co. KG, Coburg)



Ina Hänsel

Präsidentin der IHK Potsdam
(Gesellschafterin BRACON GbR,
Am Mellensee)



Dr. Bernhard Brons

Präsident der IHK für Ostfriesland
und Papenburg (Alleinvorstand der
Aktiengesellschaft Ems, Emden)



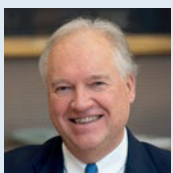
Christian Otto Erbe

Präsident der IHK Reutlingen
(Geschäftsführer der Erbe Elektromedizin
GmbH, Tübingen)



Stefan Hagen

Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg
(Geschäftsführer der Hagen
Consulting & Training GmbH,
Siegburg)



Ulrich Caspar

Präsident der IHK Frankfurt am Main
(Mehrheitsgesellschafter und Prokurist der
Econo consultations Immobilien- und Unter-
nehmensberatungsgesellschaft mbH, Frank-
furt am Main)



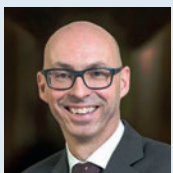
Dr. Christian Gebhard

Präsident der IHK Fulda
(Geschäftsführender Gesellschafter der
G+M Steuerberatung & Moritz
Steuerberatungsgesellschaft mbH, Fulda)



Matthias Kohlmann

Präsident der IHK Stade für den Elbe-
Weser-Raum (Geschäftsführer und
CFO der FAUN Umwelttechnik GmbH
& Co. KG, Osterholz-Scharmbeck)



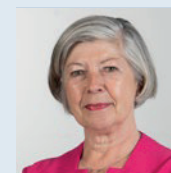
Dr. Hanno Dornseifer

Präsident der IHK Saarland
(Mitglied des Vorstandes VSE AG,
Saarbrücken)



Claudia Gläser

Präsidentin der IHK Nordschwarzwald
(Geschäftsführende Gesellschafterin
der Gläser GmbH, Horb am Neckar)



Jutta Kruft-Lohrengel

Präsidentin der IHK für Essen,
Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu
Essen (Geschäftsführende
Gesellschafterin Autohaus Kruft
GmbH, Oberhausen)

Mitglieder des DIHK-Präsidioms



Prof. Klaus Josef Lutz

Präsident der IHK für München und Oberbayern
(Geschäftsführer der Mount Wellington Beteiligungsgesellschaft mbH, Dieterszell)



Rolf-Ejvind Sörensen

Präsident der IHK zu Flensburg
(Geschäftsführer der RNS Sörensen Assekuranzkontor GmbH & Co. KG, Schleswig)



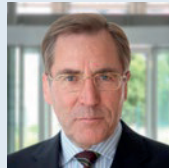
Klaus-Jürgen Strupp

Präsident der IHK zu Rostock
(Geschäftsführender Gesellschafter der Hansa Automobile Rostock GmbH, Rostock)



Dr. Klaus D. Mapara

Vizepräsident der IHK Würzburg-Schweinfurt
(Geschäftsführer der krick.com GmbH & Co. KG, Eibelstadt)



Dr. Andreas Sperl

Präsident der IHK Dresden
(Geschäftsführer der Elbe Flugzeugwerke GmbH, Dresden)



Susanne Szczesny-Obing

Präsidentin der IHK Koblenz
(Vorsitzende der Geschäftsführung der EWM GmbH, Mündersbach)



Astrid Nissen-Schmidt

Vizepräsidentin der IHK Hamburg
(Geschäftsführerin der FREIHEIT GmbH WPG, Hamburg)



Stefan Spieker

Vizepräsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der FRÖBEL International GmbH, Berlin)



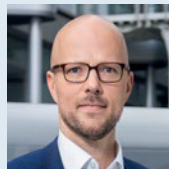
Dr. Heike Wenzel

Präsidentin der IHK Aschaffenburg
(Geschäftsführerin der WENZEL Messtechnik GmbH, Heigenbrücken)



Claus Paal

Präsident IHK Region Stuttgart
(Geschäftsführender Gesellschafter A+V Automation und Verpackungstechnik GmbH, Schorndorf)



Sebastian Stietzel

Präsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der MARKTFLAGGE GmbH, Berlin)



Manfred Schnabel

Präsident der IHK Rhein-Neckar
(Geschäftsführender Gesellschafter der Expert Esch Gesellschaft mbH, Mannheim)



Thomas Stiren

Präsident der IHK Trier
(Vorstand der rdts Internet AG, Trier)

DIHK-Ausschussvorsitzende | Wahlperiode 2023 – 2026



Bernd Behrens
Vorsitzender des
Handelsausschusses



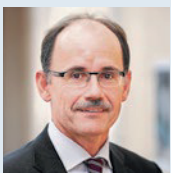
Georg Dettendorfer
Vorsitzender des
Verkehrsausschusses



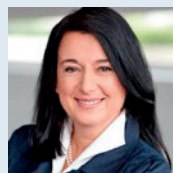
Götz Kaßmann
Vorsitzender des
Rechtsausschusses



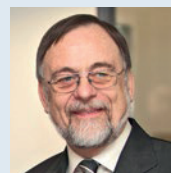
Susanne Szczesny-Obing
Vorsitzende des
Ausschusses für
Industrie und Forschung



Dr. Wolfgang Blank
Vorsitzender des
Ausschusses für
Gesundheitswirtschaft



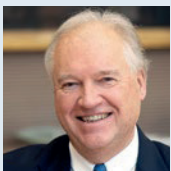
Gabriele Fink
Vorsitzende des
Ausschusses für
Kommunikation, Medien
und Kreativwirtschaft



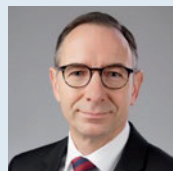
Dr. Peter Kulitz
Vorsitzender des
Außenwirtschafts-
ausschusses



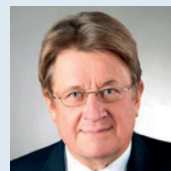
Nancy Plaßmann
Vorsitzende des
Geld- und Kredit-
ausschusses



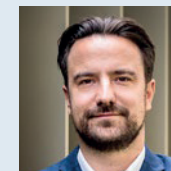
Ulrich Caspar
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau- und
Immobilienwirtschaft



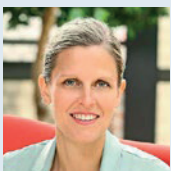
Dr. Christof Günther
Vorsitzender des
Ausschusses für
Umwelt und Energie



Hans-Werner Lindgens
Vorsitzender des
Mittelstandsausschusses



Robert Rückel
Vorsitzender des
Tourismusausschusses



Swaantje Creusen
Vorsitzende des
Bildungsausschusses



Ralf Herbener
Vorsitzender des
Finanz- und Steuer-
ausschusses



Thomas Meyer
Vorsitzender des
Haushaltsausschusses



Torsten Wunderlich
Vorsitzender des
Ausschusses für
Informations- und
Kommunikationstechnologie

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

Umschlagfoto: DIHK-Präsident Peter Adrian (l.) setzt sich nicht nur während der BMWK-Außenwirtschaftstage bei Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck für die Anliegen der gewerblichen Wirtschaft ein.

Jahresbericht 2023

Deutsche Industrie- und Handelskammer

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**



DIHK-Jahresbericht 2023 – Inhalt

Vorwort	5
Ein hartes Jahr für die Wirtschaft – Deutschland in der Rezession	7
Fachkräftesicherung	11
Wirtschafts- und Mittelstandspolitik	21
Steuer- und Finanzpolitik	29
Digitalisierung	33
Internationales	39
Recht	59
Energie, Umwelt, Klima	61
Wirtschaftsjunioren Deutschland: mutig handeln!	69
DIHK-Finanzen im Jahr 2023	70
Impressum	75

Die DIHK ist die „IHK der IHKs“ und setzt sich für die Belange der gewerblichen Wirtschaft ein. Gerade in Krisenzeiten ist es besonders wichtig, dass die Unternehmen gegenüber Politik und Öffentlichkeit mit einer gemeinsamen und starken Stimme sprechen. Auf dem Bild sind DIHK-Präsident Peter Adrian (l.) und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben zu sehen.



Liebe Leserin, lieber Leser

Es hat schon mehr Vergnügen bereitet, auf ein Jahr zurückzublicken – zumindest aus Sicht der Wirtschaft. Denn wir müssen leider feststellen: 2023 war hart. Und das nicht nur aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen, die einmal mehr Anlass zu größter Sorge gegeben haben. Nein, ganz besonders waren es auch politische Entscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene, die den Unternehmen das Leben schwer gemacht und so zu einem großen Vertrauensverlust gegenüber der Politik geführt haben. Deshalb blieben Investitionen und damit auch ein sich selbst tragender Aufschwung aus.

Schon im Januar haben wir mit unseren zehn Tempo-Thesen versucht, der Politik deutlich zu machen, woran Unternehmerinnen und Unternehmer in der Praxis verzweifeln. Uns war wichtig: Das Wirtschaftsleben in Deutschland muss einfacher, schneller und innovativer werden. Passiert ist wenig. Dabei brauchen die Unternehmen dringend Entlastung – national wie europäisch. Das Gegenteil ist eingetreten: Zu den bestehenden Regelungen kamen noch neue hinzu.

Dabei hatten die Unternehmen wegen der hohen Energiepreise Probleme genug. Ihr Unmut darüber schlug sich in den Ergebnissen des Energiewende-Barometers der IHK-Organisation nieder: Sie wiesen den schlechtesten Wert seit dem Beginn dieser Erhebung aus. Mehr als die Hälfte der Unternehmen bewertete die Energiewende als negativ oder sehr negativ für ihr Geschäft. Mehr noch: Knapp 60 Prozent der Unternehmen fühlten sich durch fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik ausgebremst.

Darüber hinaus blieb auch 2023 die Inflation eine Belastung in Deutschland. Viele Unternehmen litten unter einer sinkenden Nachfrage – die steigenden Preise trübten die Konsumlaune. Gleichzeitig hob die Europäische Zentralbank den Leitzins in schneller Abfolge mehrfach an. Geld wurde teurer, was die Investitionsbedingungen für die Unternehmen weiter verschlechterte.

Und zu allem Überfluss platzten durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts Mitte November die Bundeshaushalte für die Jahre 2023 und 2024. Mit einem Mal stand die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in Frage. Woher die nun fehlenden, aber bereits fest eingeplanten Milliarden kommen sollten, konnte die Bundesregierung im abgelaufenen Jahr 2023 nicht mehr beantworten. Dazu soll erst Ende Januar 2024 ein Beschluss gefasst werden.

Leider fiel vor diesem Hintergrund auch die DIHK-Umfrage im Netzwerk Industrie sehr negativ aus. Noch nie wurde der Wirtschaftsstandort Deutschland von den Unternehmen so schlecht bewertet. Ein erschreckendes Fazit am Ende eines schwierigen Jahres!

Umso dankbarer sind wir, dass sich die Zusammenarbeit innerhalb unserer Organisation zwischen IHKs, AHKs und DIHK weiter verbessert hat. Auch hat es viele konstruktive Dialoge mit der Politik in Deutschland, Europa und via AHKs in der Welt gegeben. Das neue IHK-Gesetz erweist sich als tragfähige Handlungsplattform. Wir wissen, dass auch das nicht selbstverständlich ist. Die Mitglieder der DIHK und unsere Ansprechpartner in der Politik können sich insofern auf die Leistungsfähigkeit und die Kompetenz unserer Organisation verlassen. Ja, die Situation ist aktuell schlecht. Aber wir lassen keinen Zweifel daran, dass wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die Mitglieder der IHKs, Deutschland und Europa wieder Tritt fassen und eine bessere Zukunft möglich wird.

Herzliche Grüße

Peter Adrian und Martin Wansleben



Peter Adrian
Peter Adrian, DIHK-Präsident



M. Wansleben
Martin Wansleben,
DIHK-Hauptgeschäftsführer



Deutsche
Industrie- und Handelskammer



Vorstellung der DIHK-Konjunkturumfrage 2023: Thomas Renner, DIHK-Pressesprecher, Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer, Jupp Zenzen, DIHK-Referatsleiter Konjunktur, Wachstum, Unternehmensbefragung (v.l.n.r.).

Ein hartes Jahr für die Wirtschaft – Deutschland in der Rezession



Die deutsche Wirtschaft ist geschrumpft. Das ist das bittere Fazit des Jahres 2023. „Der Frust in den Unternehmen ist groß“, stellte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben im Oktober mit Blick auf die DIHK-Konjunkturumfrage fest. Besonders beklagt wurden darin die Energiepreise, die zu diesem Zeitpunkt dreimal so hoch waren wie im Jahr 2020, und die steigende Anzahl von Berichtspflichten, die zulasten der Produktivität gingen. „Das ist ein Weckruf an die Bundesregierung“, schloss Wansleben seine Einschätzung der Umfrageergebnisse ab. In den Unternehmen gab es wenig Optimismus, dass sich die Lage zum Positiven verändern könnte. Das zeigten die Ergebnisse verschiedener DIHK-Erhebungen. Die deutschen Unternehmen waren mit zahlreichen Problemen konfrontiert, die in der Summe für ein schwieriges Wirtschaftsjahr 2023 gesorgt haben.

Deutschland braucht eine chancenorientierte Wirtschaftspolitik

Mehr als die Hälfte der Unternehmen stuft die Wirtschafts- und Standortpolitik in Deutschland als Problem für die eigene Entwicklung ein. Das war ein Ergebnis der DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2023. Sie findet dreimal im Jahr statt. Rund 24.000 Unternehmen beteiligen sich jeweils. Anzeichen für einen sich selbst tragenden Aufschwung waren nicht erkennbar. Zu schlechten konjunkturellen Vorgaben kommen strukturelle und dauerhafte Herausforderungen: erhebliche geopolitische Risiken, demografische Veränderungen, Technologieumbrüche, Klimawandel und Energiepolitik. Angesichts dieser trüben Aussichten rechnet die DIHK für das Jahr 2024 bestenfalls mit einer Stagnation.

DIHK-Innovationsreport: Innovationsaktivitäten auf Tiefststand

Der dauerhafte Krisenmodus und das damit verbundene schwierige wirtschaftliche Fahrwasser haben erhebliche Auswirkungen auf die Innovationsleistung. Deutsche Unternehmen wollen so wenig wie nie zuvor in Innovationen investieren. Der größte Hemmschuh bei Innovationen sind fehlende Fachkräfte und überbordende Bürokratie. Fast drei Viertel der Unternehmen beklagten im DIHK-Innovationsreport den Fachkräftemangel und sahen sich durch ihre begrenzten fachlichen und personellen Kapazitäten eingeschränkt. An zweiter Stelle mit einem fast gleich hohen Anteil an betroffenen Unternehmen stehen hohe bürokratische Anforderungen.

Belastung durch unnötige Bürokratie

In Kombination mit den zu bewältigenden multiplen Krisen hat sich 2023 gezeigt, dass sich die stetig zunehmende Regelungsdichte und Bürokratie zu einem echten Wettbewerbsnachteil für Unternehmen in Deutschland entwickelt. Der Nationale Normenkontrollrat schätzt die jährliche Bürokratiebelastung der Wirtschaft auf 65 Milliarden Euro. Bundeskanzler Scholz musste einräumen, dass auch die Verwaltungen selbst zunehmend überfordert sind. 2023 war deshalb wiederholt zu hören, dass Deutschland auf einen „Bürokratie-Burnout“ zusteure – auch die DIHK äußerte sich in dieser Klarheit. Ziele wie die Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität werden von EU-Kommission und Bundesregierung mit umfangreichen Regulierungspaketen und bürokratischen Berichtsstandards verfolgt. Aber es gibt auch positive Signale: Bund und Länder wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen, die Bundesregierung plant ein weiteres Bürokratieabbaugesetz, von einzelnen Ressorts werden Maßnahmen zum

Abbau von unnötiger Bürokratie angekündigt und auch die Präsidentin der EU-Kommission will die durch Brüssel initiierten Berichtspflichten um 25 Prozent reduzieren. Damit die Unternehmen diese Maßnahmen im betrieblichen Alltag als tatsächliche Entlastung wahrnehmen können, bedarf es allerdings einer konsequenten Umsetzung der vielen Ankündigungen. Wird Bürokratieabbau ernst genommen, kann im Prinzip ein nahezu kostenfreies Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht werden.

Energiewende-Barometer 2023: Unternehmen bewerten Standort Deutschland immer kritischer

Immer mehr Unternehmen sehen hohe Energiepreise und das unsichere energiepolitische Umfeld als Belastung für die praktische Umsetzung der Energiewende. Teilweise müssen sie ihre Produktion am Standort Deutschland einschränken oder an ausländische Standorte verlagern. Das war das zentrale Ergebnis des IHK-Energiewende-Barometers 2023.

Deutlich zeigte die Umfrage, dass die Energiewende immer mehr Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Die Unternehmen haben vor dem Hintergrund zunehmender Kosten und Regulierungen immer mehr Schwierigkeiten, sich am Standort Deutschland zu halten. Fast ein Drittel der Industriebetriebe (32 Prozent) plant oder realisiert bereits die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland beziehungsweise die Einschränkung seiner Produktion im Inland. Dies war fast eine Verdopplung gegenüber 2022. Am stärksten ausgeprägt sind die Abwanderungstendenzen bei den großen Industrieunternehmen (ab 500 Beschäftigten): Dort gilt bereits für fast die Hälfte (43 Prozent) der Betriebe, dass sie Produktionsprozesse verlagern oder dies beabsichtigen.



Die Gründe für die zutiefst besorgte Einschätzung der Betriebe sind auch in den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu suchen. Die daraus resultierenden hohen Preise und Versorgungsrisiken erschweren die Umsetzung der Energiewende für die Unternehmen und führen zu Verunsicherung. Der Politik ist es nur teilweise gelungen, erfolgreich gegenzusteuern.

DIHK fordert Stärkung des Unternehmertums

Die DIHK gehört mit ihren regelmäßigen bundesweiten Umfragen zu Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen zu den wichtigsten Informationsquellen für politische Entscheidungsträger. Im schwierigen Jahr 2023 konnte die DIHK so das nachlassende Interesse an unternehmerischem Engagement und insbesondere die negativen Auswirkungen auf die Unternehmensnachfolgen im Mittelstand belegen. In verschiedenen Formaten und Veranstaltungen hat die DIHK die Ergebnisse unserer Umfragen diskutiert und der Politik konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Dabei hat die DIHK darauf hingewiesen, dass der sprunghafte Rückgang des Interesses an Unternehmensgründungen seit 2019 nicht allein auf die demografische Entwicklung zurückzuführen ist, sondern insbesondere gestiegene Energie- und Finanzierungskosten sowie immer komplexere Regularien eine große Rolle spielen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen führen offenbar bei vielen potenziellen Gründern und an der Übernahme eines Unternehmens Interessierten zu einer steigenden Unsicherheit und hemmen das unternehmerische Engagement. Insbesondere die Unternehmensnachfolge im Mittelstand wird immer mehr zu einem Problem. Die Botschaft aus dem Mittelstand ist, dass Wirtschaftspolitik für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen und unternehmerischer Kreativität deutlich mehr Vertrauen entgegenbringen muss.

Links: Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist neben DIHK-Präsident Peter Adrian (l.) und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben (Mitte) anwesend, als im Januar 2023 die Deutschen Industrie- und Handelskammer zur „IHK der IHKs“ wird.

#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!

Nachlassende Dynamik im Außenhandel

Deutschland als exportorientiertes Land und offenste Volkswirtschaft der G7-Staaten ist besonders von der Entwicklung der Weltkonjunktur abhängig. Entsprechend spiegelte sich die nachlassende Dynamik in der Weltwirtschaft im Jahr 2023 in schwachen Außenhandelsdaten und eingetrübten Exporterwartungen der Industrieunternehmen wider. Zwar haben sich die internationalen Lieferketten stabilisiert, Energie- und Rohstoffpreise sowie Inflationsraten sind – wenn auch von hohem Niveau kommend – rückläufig. Allerdings belasten das gestiegene Zinsniveau in wichtigen Absatzmärkten, insbesondere in der Eurozone und den USA, die Nachfrageschwäche Chinas und geopolitische Risiken das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen. Hinzu kommen zunehmende Handelshemmnisse und eine hohe Kosten- und Bürokratiebelastung hierzulande. Letztere zehren an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte. Die DIHK ermittelt zusammen mit den IHKs und AHKs in den Umfragen „Going International“ und „AHK World Business Outlook“ regelmäßig die Herausforderungen der Unternehmen im internationalen Geschäft.

Fachkräfte halten in bewegten Zeiten

Der Fachkräftemangel stellt die Unternehmen zusätzlich zur schwierigen Wirtschaftslage vor große Herausforderungen – besonders im Bereich der beruflich Qualifizierten. Das erschwert die Transformation hin zu Klimaneutralität und Digitalisierung. Beschäftigungspotenziale im Inland sowie durch die Zuwanderung aus dem Ausland gilt es daher noch besser zu nutzen. Mehr als jedes zweite Un-

ternehmen, das längerfristig Stellen nicht besetzen kann, sucht erfolglos Fachkräfte mit einer abgeschlossenen Ausbildung. Zugleich finden Ausbildungsbetriebe immer weniger Bewerber für ihre Angebote. Laut DIHK-Ausbildungsumfrage 2023 konnten 47 Prozent der befragten Betriebe nicht alle Ausbildungsplätze besetzen – ein neues Allzeithoch. Rund 30.000 IHK-Unternehmen erhielten im vergangenen Jahr nicht einmal eine einzige Bewerbung. Wer aber heute als Azubi fehlt, fehlt den Betrieben morgen als qualifizierte Fachkraft.

#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!

Bei ihrer Vollversammlung im November 2023 formulierte die IHK-Organisation in einer Resolution zehn Punkte, die eine Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik einläuten sollten. Das Papier mit dem Titel „#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!“ ist der Auftakt zu einer gemeinsamen Aktion mit den IHKs vor Ort – mit dem Ziel, die Politik in den Regionen ebenso wie in Berlin konsequent mit dem großen Reformbedarf am Wirtschaftsstandort Deutschland zu konfrontieren.

Nur mit einem kräftigen Aufbruchssignal, so der Tenor des Papiers, könne die Politik bei den Unternehmen verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Die Forderungen und Vorschläge reichen vom Deutschland-Tempo über den Ausbau des Energieangebots und die Stärkung internationaler Kooperationen bis hin zur Reduktion von EU-Regierungslast und Bürokratie. Sie bieten Ansatzpunkte für politische Weichenstellungen, die kurzfristig Entlastungen in der Praxis ermöglichen, ebenso wie für langfristig wirkende Maßnahmen, die den Standort Deutschland attraktiver gestalten.



AZUBIS 2023 UNSERE BESTEN

IHK



Erstmals seit der Corona-Pause werden wieder Deutschlands beste Azubis in Präsenz ausgezeichnet: Moderator Thore Schölermann (s. Foto) führt durch die Veranstaltungen, bei denen die Top-Azubis auf die große Bühne gebeten werden.

Fachkräftesicherung

Weiterbildungsgesetz und Ausbildungs-garantie mit Licht und Schatten

Im Sommer 2023 wurde das Weiterbildungsgesetz von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Es enthält neue Regelungen zur Weiterbildungsförderung und Umsetzung einer Ausbildungs-garantie. Die DIHK hat sich mit zwei ausführlichen Stellungnahmen und in einer Anhörung im Bundestag positioniert und konnte eine Reihe von Verbesserungen erreichen. Positiv zu bewerten sind die vorgesehene Förderung eines neuen Berufsorientierungspraktikums, ein Mobilitätzuschuss für Azubis und die Flexibilisierung der Einstiegsqualifizierungen. Gut ist auch, dass das Gesetz explizit Abstand von einer bundesweiten Ausbildungsumlage nimmt. Nicht zielführend ist aus DIHK-Sicht der nun gesetzlich verankerte Rechtsanspruch auf außerbetriebliche Ausbildung. Immerhin wird dieser auf wenige Regionen mit „erheblicher Unterversorgung“ beschränkt. DIHK und IHKs werden weiter darauf drängen, dass betriebliche Ausbildung Vorfahrt behält.

Neue Allianz für Aus- und Weiterbildung am Start

Im Mai 2023 wurde die dritte Allianz für Aus- und Weiterbildung von den Partnern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesregierung und Bundesländern besiegelt. Schwerpunkte in der neuen Periode bis 2026 sind das gemeinsame Werben für die Berufliche Bildung, eine Verbesserung der Berufsorientierung, die Stärkung von Qualität und Attraktivität der Ausbildung sowie eine Erhöhung der regionalen und internationalen Mobilität von Azubis. DIHK und IHKs werden sich wie schon in der Vergangenheit engagiert und mit eigenen Beiträgen einbringen.



Swaantje Creusen (l.), Vorsitzende des DIHK-Bildungsausschusses, überreicht Preisträgerin Milena Schick die Urkunde, die sie als "Bundesbeste 2023" ausweist. Die 19-Jährige hat eine Ausbildung zur Pharmakantin absolviert – als deutschlandweit Beste ihres Faches.

Bundesbeste Azubis geehrt

Doppelwumms für die Besten der Besten: Nachdem in den beiden Coronajahren die Bundesbestenehrungen nicht live stattfinden konnten, gab es im vergangenen Jahr gleich zwei Events auf großer Bühne: Im Mai gratulierten Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, DIHK-Präsident Peter Adrian und die Vorsitzende des DIHK-Bildungsausschusses, Swaantje Creusen, den rund 200 Bundesbesten des Jahrgangs 2022 in Berlin. Im Dezember folgte der zweite Streich: die Preisverleihung an die bundesbesten Absolventen

einer IHK-Ausbildung des Prüfungsjahrgangs 2023. Die Festrede hielt diesmal Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Jeweils rund 1.000 Gäste nahmen an den Verleihungen teil, die von Thore Schölermann moderiert und im Livestream übertragen wurden.

Bundesweite IHK-Ausbildungskampagne gestartet

Junge Menschen für die duale Ausbildung begeistern: Das ist das Ziel der ersten bundesweiten Ausbildungskampagne der IHK-Organisation, die im März gestartet ist. Denn

Nationale Weiterbildungsstrategie begleitet

Die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) war 2023 von einem intensiven Austausch zu Themen wie Grund- und Zukunftskompetenzen oder der Situation von Lehrkräften geprägt. Auf der Nationalen Weiterbildungskonferenz im November 2023 in Berlin wurde das Engagement der IHK-Organisation etwa bei Teilqualifikationen oder in der operativen Weiterbildung sichtbar. In Rückkoppelung mit den IHKs hat die DIHK vor allem die Perspektive der Unternehmen in die NWS eingebracht.

obwohl eine Ausbildung unzählige Chancen bietet, ist das Image – vor allem im Vergleich zum Studium – ausbaufähig. Gleichzeitig suchen viele Unternehmen händeringend nach qualifiziertem Nachwuchs. Die IHKs sehen die Chance, jungen Menschen in Deutschland zu zeigen, dass Ausbildung und Azubis nie wertvoller waren als heute. Herzstück der Kampagne sind die Erlebnisse von neun authentischen Azubis. Sie berichten in den sozialen Medien über Erfahrungen bei ihrer Ausbildungssuche, teilen Tipps und Tricks für den Berufseinstieg und erzählen aus ihrem Leben neben der Ausbildung. Die Botschaften: Gemeinsam #könnenlernen und Ausbildung macht mehr aus uns! Zudem baut die Kampagne auf die Unterstützung der Unternehmen. Hierfür wird ein eigenes Werbemittelpaket angeboten. Die Kampagne ist auf mehrere Jahre angelegt und wird von der DIHK koordiniert.

Schulpolitische Leitlinien neu gefasst

Im November 2023 hat das DIHK-Präsidium das Positionspapier „Schulische Bildung verbessern – Fachkräfte für die Wirtschaft sichern“ beschlossen. Das Positionspapier enthält wirtschaftsseitige Empfehlungen zur Verbesserung der schulischen Bildung und Ausbildungsstartkompetenz junger Menschen, damit Schulen die Fachkräfte von morgen bestmöglich auf den Berufseinstieg und die Anforderungen der Arbeitswelt vorbereiten. Denn fehlende Ausbildungsstartkompetenzen erschweren es Ausbildungsbetrieben, geeignete Bewerber zu finden.

Digitales Prüfen voranbringen

Im Rahmen einer Pilotphase mit Zwischenprüfungen in insgesamt 13 kaufmännischen und kaufmännisch-verbundenen Ausbildungsberufen, die vollständig mit maschinell auswertbaren Aufgaben geprüft werden, konnten dieses Jahr wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Prüfungssystems in der Ausbildung gewonnen werden. Unter Koordination der DIHK wurden parallel weitere wichtige Schritte unternommen, um eine bundesweite Strategie für eine sukzessive und rechtssichere Etablierung digitaler Prüfformate zu entwickeln und umzusetzen. Der Grundstein ist gelegt.

Berufskompetenzen nachweisen – gesetzlichen Rahmen schaffen

Mehr als 2.500 Menschen mit viel Berufserfahrung konnten bisher ihre praktischen Fähigkeiten im Rahmen des BMBF-geförderten Verbundprojekts „ValiKom Transfer“ unter Beweis stellen. In Zusammenarbeit mit den Projektkammern (17 IHKs, 13 HWKs, zwei LWKs) bewerten Fachexpertinnen und -experten die gezeigte individuelle berufliche Handlungsfähigkeit in einem konkreten Beruf. Die geplante gesetzliche Verankerung dieser Aufgabe ist wichtig, um Unternehmen und Fachkräften ein klares Signal und eine sichere Perspektive zu geben.

Aktuelle BBiG-Novellierung eröffnet neue Chancen für Berufserfahrene ohne Abschluss

Die DIHK hat zum Ende 2023 zu einem vom BMBF vorgelegten Referentenentwurf eines Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes (BVA DiG) in enger Abstimmung mit den IHKs Stellung genommen.

Das Gesetzesvorhaben will die individuelle Feststellung einer beruflichen Handlungsfähigkeit, die unabhängig von einer formalen Berufsausbildung erworben wurde, aber mit dieser vergleichbar ist, neu im Berufsbildungsgesetz verankern. Damit wären die IHKs für die Organisation und Durchführung der Bewertung von berufspraktischen Kompetenzen für Praxiserfahrene ohne Abschluss oder auch Quereinsteiger verantwortlich. Dieses neue Verfahren kann die bestehenden erfolgreichen Instrumente der Beruflichen Bildung ergänzen und für Betriebe ein weiterer wichtiger Baustein in einer Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung werden. Die IHK-Organisation als verlässlicher und akzeptierter Partner der Beruflichen Bildung steht für die Übernahme dieser neuen Aufgabe bereit und kann umfangreiche Erfahrungen aus dem BMBF-geförderten Projekt „ValiKom Transfer“ einbringen.

Gleichzeitig zielt der Gesetzesentwurf darauf ab, den Einsatz von digitalen Dokumenten und medienbruchfreien di-

gitalen (Verwaltungs-)Prozessen in der Beruflichen Bildung rechtlich zu ermöglichen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Entbürokratisierung und Modernisierung. Zudem soll die Möglichkeit, die betriebliche Ausbildung auch mobil und digital durchzuführen, gesetzlich verankert werden. Damit wird Rechtssicherheit für Unternehmen, Auszubildende und die zuständigen Stellen geschaffen.

DIHK und IHKs werden das weitere Gesetzgebungsverfahren konstruktiv-kritisch begleiten.

Ausbildungsberufe – virtuell und real auf der Höhe der Zeit

Seit August 2023 kann die Reisemobilbranche in der neuen Fachrichtung „Caravan- und Reisemobiltechnik“ ausbilden. Die Berufe im Bauhauptgewerbe wurden erfolgreich modernisiert und stehen voraussichtlich ab 2024 zur Verfügung. Ebenso werden die frisch modernisierten Industriekaufleute 2024 an den Start gehen. Wer es virtuell mag, kann seit diesem Jahr mit dem gänzlich neuen Ausbildungsberuf „Gestalter/-in für immersive Medien“ in virtuelle Welten eintauchen.

Höhere Berufsbildung weiterentwickelt

Um der Nachfrage der Unternehmen nach qualifizierten Fach- und Führungskräften zu entsprechen, konnten DIHK und IHKs zur Stärkung der Höheren Berufsbildung wieder neue Fortbildungsabschlüsse anstoßen – unter anderem sechs neue Bachelor-Professional-Abschlüsse – wie den Bachelor Professional in Foreign Trade. Auf der ersten Ebene deckt der neue Berufsspezialist für fremdsprachige Kommunikation Qualifikationsbedarfe im internationalen Geschäftsverkehr ab. Bei der Konzeption der Abschlüsse wurde eng mit Experten aus der betrieblichen Praxis zusammengearbeitet.

Duale Berufsbildung im Ausland voranbringen

Mittlerweile bieten 50 AHKs Berufsbildungsdienstleistungen für die Fachkräftegewinnung deutscher Unternehmen im



Juni 2023: Veranstaltung „Teilqualifikationen – ein Erfolgsfaktor der Fachkräftegewinnung“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter anderem mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Jens Brandenburg (1.v.l.), DIHK-Bereichsleiter Nico Schönefeldt (4.v.l.) und der Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH Sofie Geisel (1.v.r.).

Ausland an. Die DIHK-Kompetenzstelle Berufsbildung International unterstützt die AHKs dabei, Unternehmen nach vergleichbaren Standards zu beraten. Zu Jahresbeginn startete das vom BMWK finanzierte Skills-Expert-Programm in eine neue Förderphase. Koordiniert durch die DIHK Service GmbH gingen sechs neue Standorte an den Start, u. a. die Türkei zum Schwerpunkt Fachkräfteeinwanderung oder Singapur als Newcomer in der Beruflichen Bildung.

Mit Teilqualifikationen Fachkräfte in der Transformation sichern

Das Interesse von Unternehmen, an- und gelernte Beschäftigte abschlussorientiert nachzuqualifizieren, ist weiter gestiegen. In enger Zusammenarbeit mit den IHKs hat sich das Projekt „CHANCEN NUTZEN! Mit Teilqualifikationen Richtung Berufsabschluss“ insbesondere dieser Zielgruppe gewidmet

und Qualifizierungskonzepte erarbeitet. Eine Highlight-Veranstaltung im Juni, an der auch der Parlamentarische Staatssekretär des BMBF Jens Brandenburg teilnahm, zeigte die Erfolge und Potenziale auf. Das Projekt der DIHK Service GmbH wird fortgesetzt und weitere drei Jahre vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Zehnte DIHK-Erfolgsstudie Weiterbildung veröffentlicht

Mit breiter Unterstützung der IHKs konnten 20.000 Antworten von Absolventinnen und Absolventen der Höheren Berufsbildung in die DIHK-Erfolgsstudie Weiterbildung einfließen. Zentrale Ergebnisse: Rund 60 Prozent verdienen nach ihrer IHK-Fortbildungsprüfung mehr Geld. 57 Prozent haben nach der Weiterbildung mehr Verantwortung im Job. 90 Prozent würden sich wieder für den gleichen Fortbildungs-

abschluss entscheiden. Die im Juni veröffentlichte Umfrage fand – von den IHKs regional flankiert – große Resonanz. Sie ist eine gute Werbung für die Höhere Berufsbildung und für die Fachkräftesicherung der Betriebe!

Praxisnahe Hochschulbildung für die Fachkräfte von morgen

Im November 2023 hat das DIHK-Präsidium das Positionspapier „Praxisnahe Hochschulbildung für die Fachkräfte von morgen“ verabschiedet. Zu den von der IHK-Organisation aufgestellten Forderungen zählen eine stärkere Praxisorientierung der Hochschullehre und die Vermittlung arbeitsmarktrelevanter Kompetenzen. Zudem empfiehlt die DIHK den Hochschulen, Studienaussteiger aktiv bei der Neuorientierung auf ihrem Qualifizierungsweg zu unterstützen – auch im Hinblick auf Alternativen in der Beruflichen Bildung. Hier sind IHKs vor Ort schon heute sehr aktiv.

Europäisches Jahr der Kompetenzen gestartet

Im Mai 2023 startete das Europäische Jahr der Kompetenzen, um dem europaweiten Fachkräftemangel entgegenzutreten. Die IHK-Organisation beteiligte sich aktiv. Die DIHK lud im November in Brüssel mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Diskussion über die Vorzüge des deutschen Ausbildungssystems und dessen mögliche Implementierung in anderen Ländern ein. Beim Europäischen Kammertreffen im September in Eupen verabschiedeten die Kammerorganisationen ein Papier zur Stärkung der Lernmobilität für Auszubildende. Eine Forderung war der Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen, wie sie das Projekt „Berufsbildung ohne Grenzen“ (BoG) der DIHK Service GmbH anbietet. Das BMWK fördert seit 2016 das Netzwerk der Mobilitätsberaterinnen und -berater, die ihren Sitz an IHKs und HWKs haben. Ziel ist es, die Zahl von Lernaufenthalten im Ausland zu steigern. Die Entsendezahlen nähern sich wieder dem Prä-Pandemie-Niveau an (2019: 1.710; 2022: 1.590). Ähnlich ist es bei der Zahl der Personen aus dem Ausland, die in Deutschland ein Praktikum absolvieren (2019: 956; 2022: 731).

DIHK-Auslandsschulwettbewerb zum achten Mal durchgeführt

Deutsche Auslandsschulen bilden Kinder von Entsandtkräften und Familien aus den Gastländern aus. Die Absolventen sind wertvolle Fachkräfte, die sowohl mit der deutschen Sprache und Kultur als auch mit der ihres Heimatlandes vertraut sind. Um die Deutschen Auslandsschulen zu fördern und ihre Arbeit zu würdigen, hat die DIHK 2023 zum achten Mal den mit 120.000 Euro dotierten Wettbewerb „Schüler bauen weltweit Brücken“ ausgelobt. Die drei Gewinnerschulen wurden im Rahmen des Festabends der AHK-Weltkonferenz im Mai im Berliner Haus der Deutschen Wirtschaft ausgezeichnet.

Osnabrücker Gespräch rückt duales Studium in den Fokus

Läuft das duale Studium der dualen Berufsausbildung den Rang ab? Über diese Frage diskutierten die rund 100 Teilnehmer des 3. Virtuellen Osnabrücker Gesprächs zu Perspektiven der Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis im April 2023. In der von DIHK und IHK Osnabrück veranstalteten Runde stimmten die eingeladenen Experten überein, dass insbesondere die betrieblichen Praxisphasen einen wichtigen Beitrag zum Erfolg eines dualen Studiums leisten. Gleichzeitig gelte es, Freiräume für unternehmensspezifische Vertiefungen zu gewähren.

DIHK-Bildungsausschuss neu konstituiert

In der ersten Sitzung des DIHK-Bildungsausschusses im März 2023 wurden Swaantje Creusen sowie ihre Stellvertreter Henning Kautz und Petra Pigerl-Radtke als Ausschussvorsitzende bestätigt. Die Sitzung im September 2023 führte den DIHK-Bildungsausschuss nach Brüssel. Hier konnten sich die Mitglieder mit hochrangigen EU-Kommissionsmitgliedern austauschen und wertvolle Impulse aus der Praxis einspeisen.

Fachkräfteeinwanderung – Weiterentwicklung braucht gute Umsetzung

Der Bundestag hat die Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) beschlossen. Die DIHK hatte

sich intensiv in den Gesetzgebungsprozess eingebracht, eine umfangreiche und differenzierte Stellungnahme abgegeben und ist mit Blick auf eine gute Umsetzung weiter im engen Austausch mit Bundesministerien, Verwaltung und MdBs. Die Vorschläge wurden im Rahmen der von der DIHK koordinierten Politikberatung der IHKS in den Ländern eingebracht und zum Teil vom Bundesrat aufgegriffen. Etliche Vorschläge zur Erleichterung der Zuwanderung im Sinne der Unternehmen fanden Eingang in die gesetzlichen Regelungen. Die DIHK hat darüber hinaus eine Informations- und Austauschveranstaltung zu den FEG-Neuregelungen für die IHKS durchgeführt. Alle an dem Gesetz beteiligten Bundesministerien waren mit Referenten vertreten und haben die etwa 100 IHK-Kolleginnen und -Kollegen in Berlin informiert und mit diesen diskutiert.

Im Rahmen einer BMWK-Dialogveranstaltung mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im Sommer 2023 hat der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks zudem die DIHK-Positionen und Vorschläge zur FEG-Weiterentwicklung eingebracht. Ferner haben sich bei dieser Veranstaltung Verantwortliche aus den Projekten der DIHK Service GmbH sowie der IHKS und AHKS mit ihren Angeboten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung im Ausland vorgestellt.

Fachkräftesicherung bleibt Megathema – auch bei schwacher Konjunktur

Die DIHK hat mit großer Presseresonanz den DIHK-Fachkräftereport 2023/2024 veröffentlicht. Dieser verdeutlicht: Trotz schwieriger Wirtschaftslage und ausbleibendem Aufschwung liegen die Fachkräfteengpässe der Unternehmen auf hohem Niveau. Die Ergebnisse und Vorschläge des Reports nutzt die DIHK, um in den Medien und im Austausch mit Politik weiterhin die Bedeutung des Themas herauszustellen. Die DIHK begleitet zudem die Fachkräftestrategie der Bundesregierung konstruktiv, unter anderem hat das federführende BMAS diese mit DIHK und IHKS in Berlin diskutiert.

Familie in der Arbeitswelt – Vereinbarkeit ist Voraussetzung für Fachkräftesicherung

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und insbesondere die Erwerbstätigkeit von Frauen sind wichtige Bausteine der Fachkräftesicherung. Hierfür werden eine funktionierende und flexible Kinderbetreuung ebenso benötigt wie kreative Betriebe, die ihre Mitarbeiter unterstützen. Die DIHK setzt sich politisch für gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den IHKS vor Ort ist hierfür sehr wichtig, um Einblick in die Praxis und die Erfahrungen der Betriebe zu gewinnen. Im Februar trafen sich die IHK-Ansprechpartner für Familie in der Arbeitswelt in Berlin und diskutierten unter anderem mit dem Abteilungsleiter aus dem Bundesfamilienministerium, Marc Nellen, über die politischen Entwicklungen und Vorhaben. Wichtig für eine umfassende Beratung der Betriebe ist zudem die gute und enge Zusammenarbeit mit dem Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ – gemeinsam finanziert von DIHK und Bundesfamilienministerium – und dem Servicebüro der „Lokalen Bündnisse für Familie“.

DIHK-Netzwerktag Business Women IHK: „Unternehmerinnen händeringend gesucht!“

Rund 150 Unternehmerinnen und Managerinnen diskutierten beim DIHK-Netzwerktag im September 2023 in Dortmund Fragen zur Innovationskraft der deutschen Wirtschaft: Wie verändert Künstliche Intelligenz die Geschäftsmodelle verschiedener Branchen? Welche Rahmenbedingungen brauchen deutsche Unternehmen, um innovativ in die Zukunft gehen zu können? Welche Rolle spielt „New Work“ dabei?

Die von DIHK und IHK zu Dortmund ausgerichtete Leuchtturmveranstaltung wurde von der Wirtschaftsministerin und stellvertretenden Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) Mona Neubaur, DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller und Dortmunds IHK-Präsident Heinz-Herbert Dustmann eröffnet.



Wünscht sich mehr Frauen in Spitzenpositionen von Politik und Wirtschaft: Mona Neubaur, nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin, begrüßt die Teilnehmerinnen des DIHK-Netzwerktages „Business Women IHK“ in Dortmund.

Am Folgetag ging es in einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion um das Thema „Innovativ in die Zukunft – Wie machen wir das?“. Außerdem wurde eine Präsentation zu den Aktivitäten der Business Women IHK gezeigt. Alle Akteurinnen warben für noch mehr Unternehmerinnen und Innovatorinnen, um den Wohlstand in Deutschland aufrechtzuerhalten. Vor diesem Hintergrund setzen sich die Business Women IHK dafür ein, Mädchen und Frauen für die Selbstständigkeit zu begeistern und als Vorbilder sichtbar zu sein. Dazu führen sie Workshops in Schulen durch und empfangen am Girls Day unter dem Motto „Ich werde Chefin!“ Schülerinnen in ihren Unternehmen. Zudem etablieren viele IHKs gemeinsam mit den Business Women IHK regionale Unternehmerinnennetzwerke.



Mädchen und Frauen für die Selbstständigkeit zu begeistern: Das ist eines der Ziele des 2014 gegründeten Netzwerkes „Business Women IHK“. Es setzt sich aus Unternehmerinnen zusammen, die sich ehrenamtlich in den IHKs für die Wirtschaftsbelange in ihrer Region einsetzen.

Integration – konstruktiv neue Herausforderungen bewältigen

Die Folgen des Krieges in der Ukraine waren in diesem Jahr weiterhin spürbar: Eine Million ukrainische Geflüchtete haben insgesamt seit Kriegsbeginn Schutz in Deutschland gefunden. Gleichzeitig steigen die Asylzahlen aus den anderen Asylherkunftsländern und bringen Infrastrukturen hierzulande an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Die DIHK unterstützte die Bestrebungen der Bundesregierung, unter anderem mit dem Jobturbo mehr Geflüchtete in Arbeit zu bringen. Sie machte zudem konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Integration, nicht zuletzt im Rahmen eines Austauschs von ausgewählten IHK-Ansprechpersonen und Unternehmen mit der Integrationsbeauftragten der Bun-

desregierung Frau Alabali-Radovan im Bundeskanzleramt. Zudem begleitet die DIHK eng die gesetzlichen Anpassungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der frühzeitigen Integration in den Arbeitsmarkt insbesondere von Asylsuchenden und Geduldeten. Sie bringt dabei die Perspektive der Betriebe ein: im Rahmen eines DIHK-Papiers, einer Stellungnahme sowie als Sachverständige bei einer öffentlichen Anhörung im Bundestagsausschuss für Inneres und Heimat.

Wie die Einwanderung von Fachkräften in IHK-Berufe gelingt

„Hand in Hand for International Talents“ bringt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in die Praxis. Das Projekt wird seit 2020 von der DIHK Service GmbH und der Bundesagentur für Arbeit gemeinschaftlich umgesetzt



Austausch mit Stakeholdern und Projektteilnehmenden vor Ort: Das Team von „Hand in Hand for International Talents“ mit dem Zuwendungsgeber Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zu Gast bei der AHK Vietnam im Juni 2023.

und gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Es unterstützt den Mittelstand bei der Rekrutierung ausländischer Fachkräfte in IHK-Berufen und begleitet Unternehmen und Fachkräfte durch den gesamten Prozess – von der Rekrutierung bis zur Einreise und Integration in Deutschland. Die gesammelten Erfahrungen wurden nun im „Praxisratgeber für Unternehmen: Wie die Einwanderung von Fachkräften in IHK-Berufen gelingt“ veröffentlicht. Im Ratgeber kommen Projektteilnehmer zu Wort, die den Prozess bereits erfolgreich durchlaufen ha-

ben, und geben konkrete Tipps – sowohl aus Fachkraft- als auch aus Unternehmensperspektive.

Fachkräftesicherung mit Afrika

Qualifizierung und Fachkräfteeinwanderung in und mit Afrika: Um das Thema Fachkräftesicherung voranzutreiben und die Potenziale der afrikanischen Märkte für deutsche Unternehmen aufzuzeigen, veranstaltete das IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) im Februar das 6. INA Insights Webinar. Außer-

dem veröffentlichte INA einen Erfahrungsbericht auf dem Africa Business Guide mit dem baden-württembergischen IT-Unternehmen CarMedialab, das qualifizierte IT-Fachkräfte für das eigene Geschäft in Afrika zu rekrutieren plant.

Neustart der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“

Das Jahr 2023 stand unter dem Zeichen eines Neustarts der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“. Nach fast 20-jähriger Geschichte der Bundesinitiative startete das in der DIHK Service GmbH angesiedelte Servicebüro gemeinsam mit dem BMFSFJ einen Beteiligungsprozess: Es begann mit einer bundesweiten Bündnisumfrage, durch die das Servicebüro besonders aktive Bündnisse und zukunftsrelevante Handlungsfelder in der Bündnisarbeit identifiziert hat. Bundesfamilienministerin Lisa Paus zeichnete im November diese insgesamt 56 starken Bündnisse für ihr besonderes Engagement als „Siegelbündnisse“ aus und betonte die wichtige Rolle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Fachkräftesicherung. Passend dazu war auch das dritte Quartalsthema der Initiative die Steigerung der Müttererwerbstätigkeit.

UBAconnect bietet niedrighschwelliges Angebot für kleine und mittlere Unternehmen

Seit 2022 können Unternehmen über UBAconnect unverbindlich mit internationalen Fachkräften in Kontakt kommen und sie über den Weg einer betrieblichen Nachqualifizierung kennenlernen. Der kostenfreie Fachkräfteservice wurde vom Projekt „Unternehmen Berufsanerkennung“ entwickelt und wird in Kooperation mit mittlerweile 28 Projekt-IHKs angeboten. Unternehmen können sich einfach mit den gesuchten Berufen in eine Onlinedatenbank eintragen. Wenn es passende Fachkräfte für sie gibt, werden sie von ihrer Kammer informiert. Gerade für Unternehmen ohne eigene Rekrutierungserfahrung im Ausland kann UBAconnect eine Möglichkeit sein, sich an die Beschäftigung internationaler Fachkräfte heranzutasten.



Auftaktveranstaltung „Projekt Zukunft“ im September in Frankfurt am Main mit Unterabteilungsleiter „Familie und Digitales“ im BMFSFJ, Thomas Metker (Mitte).

Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit auf Unternehmenstag vorgestellt

Unter dem Titel „Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft?“ kamen im September Politik und Unternehmen im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin zum Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie“ zusammen. Im Mittelpunkt des Unternehmenstages mit Bundesministerin Lisa Paus und DIHK-Präsident Peter Adrian stand die Vorstellung des neuen Unternehmensmonitors Familienfreundlichkeit. Der Monitor wird alle vier Jahre vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) durchgeführt und gibt ein Lagebild der Familienfreundlichkeit der deutschen Wirtschaft. „Der aktuelle Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit zeigt, dass die Frage nach der Familienfreundlichkeit gerade in Zeiten des Fachkräftemangels für die deutsche Wirtschaft ein sehr wichtiger und oft sogar entscheidender Faktor ist“, betonte Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). „Es kommt vor allem darauf an, was Betriebe, Beschäftigte und Kommunen vor Ort mit möglichst hoher Flexibilität und Kreativität möglich machen.“

Multiplikatorenveranstaltung „Väter und Vereinbarkeit – mittendrin statt nur dabei“

Sowohl im Beruf als auch in der Familie wollen Väter eine tragende Rolle spielen. Das Ziel der Veranstaltung des Unternehmensnetzwerks „Erfolgsfaktor Familie“ war es, herauszufinden, wie Unternehmen insbesondere Väter unterstützen können und wo Eltern selbst die Herausforderungen sehen. Väter werden durch Vorreiter gestärkt, die für eine Väterorientierung im Betrieb eintreten, auch Vorbilder in Leitungspositionen sind ein nicht zu unterschätzendes Signal.

Mit der Bohlsener Mühle GmbH & Co. KG (die auch als 8.500stes Mitglied ausgezeichnet wurde), der Investitionsbank des Landes Brandenburg und der ionder GmbH war das Podium mit kompetenten Vorreitern zum Thema Väterförderung besetzt.



Stellen den neuen Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit vor: DIHK-Präsident Peter Adrian und Bundesfamilienministerin Lisa Paus.

Alterssicherung von Selbstständigen – was kommt auf die Betriebe zu?

Sie wird schon seit vielen Jahren diskutiert, 2024 soll es so weit sein: Neue Selbstständige sollen künftig zur eigenen Altersvorsorge verpflichtet werden. Das bestätigten der Staatssekretär im BMAS, Rolf Schmachtenberg, und die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach, bei einer gemeinsamen Veranstaltung von DIHK und ZDH im November 2023. Sie stellten die Pläne der Bundesregierung vor und standen den IHK- und

HWK-Kollegen Rede und Antwort. Die IHK-Organisation wird das Vorhaben intensiv begleiten, damit die Belange insbesondere der Existenzgründer im Fokus bleiben.

Rechte Seite: Das Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ nimmt Väter in den Fokus. Mit dabei: Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin, Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, Anne-Kathrin Auer, Personalleiterin bei der Bohlsener Mühle GmbH & Co. KG (v.l.n.r.).





DIHK

Handelskammer

DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben und DIHK-Bereichsleiter Rainer Kambeck fordern von der Bundesregierung weniger Dokumentationspflichten für die Unternehmen und schnellere Genehmigungsverfahren.

Wirtschafts- und Mittelstandspolitik

Mit breit angelegten Befragungen wie der DIHK-Konjunkturumfrage hat die DIHK auch 2023 wichtige Informationen zur wirtschaftlichen Lage des Mittelstands und zu den Erwartungen der mittelständischen Unternehmen und zu deren branchen- und größenpezifischer Betroffenheit von den multiplen Krisen geliefert. In verschiedenen Sitzungen des DIHK-Mittelstandsausschusses und regelmäßigen Austauschrunden mit den politischen Entscheidern sowie mit den Fachebenen der zuständigen Ministerien wurden die gerade für den Mittelstand großen Herausforderungen thematisiert. So konnten zum Beispiel etliche Vorschläge von Mittelständlern zum Abbau unnötiger Bürokratie, die besonderen Belastungen des Mittelstands durch hohe Energiekosten und durch die im internationalen Vergleich hohen steuerlichen Belastungen an die Politik adressiert werden. Dabei hat die DIHK Plattformen angeboten, über die die Mittelständler insbesondere die in der Praxis erheblichen Beeinträchtigungen durch langwierige Planungs- und Genehmigungsprozesse verdeutlichen konnten. Viele der von den Unternehmen vorgetragenen Forderungen wurden in den aktuell angekündigten Maßnahmen berücksichtigt oder bereits umgesetzt.

DIHK erhöht Umsetzungsdruck beim Bürokratieabbau

Beim Thema Bürokratieabbau hat sich die DIHK im Jahr 2023 an vielen Stellen in die politischen Diskussionen eingebracht und spürbare sowie zeitnahe Entlastungen für die Wirtschaft eingefordert. Beispielsweise hat sich die DIHK an der Verbändeabfrage des Bundesministeriums der Justiz zum Bürokratieabbau im Februar 2023 beteiligt. Eingereicht hat die DIHK im Verbund mit den IHKs etwa einhundert konkrete Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie und zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfah-

ren. Sechs der Top-Ten-Forderungen der DIHK finden sich in den aktuellen Vorschlägen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau wieder. Auch in dem von Bund und Ländern verabredeten Pakt zur Planungsbeschleunigung wurden unsere Forderungen aufgegriffen.

DIHK und IHKs haben zudem gemeinsam 50 Vorschläge zum Abbau unnötiger Bürokratie auf europäischer Ebene eingebracht. Die Präsidentin der EU-Kommission hatte einen Abbau von Berichtspflichten um 25 Prozent angekündigt und im Oktober 2023 konkrete Vorschläge nachgereicht. Die Bundesregierung hat in einer gemeinsamen Initiative mit Frankreich ebenfalls Vorschläge zum Abbau von EU-Bürokratie vorgelegt. Die DIHK hat beide Initiativen konstruktiv-kritisch begleitet und insbesondere die aus Sicht des deutschen Mittelstands erforderlichen Maßnahmen an die Kommission weitergeleitet.

DIHK-Konferenz als Impulsgeber beim Bürokratieabbau

Mit der Konferenz „Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung“ hat die DIHK Ende September 2023 den Unternehmen ein Format geboten, direkt im Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern die Herausforderungen der Praxis zu diskutieren. Ein besonderer Fokus der Konferenz lag auf dem „Vierten Bürokratieentlastungsgesetz“, dessen konkreter Stand von Bundesjustizminister Marco Buschmann vorgestellt wurde. In mehreren Panels konnten die 200 Teilnehmer mit Vertretern aus Politik und Unternehmenspraxis über die Belastungen durch Bürokratie, aber auch über Lösungsvorschläge wie die in neuen Gesetzen obligatorisch vorgesehenen „Digital-Checks“ diskutieren. Im Rahmen der Konferenz hat die DIHK ein Jahrestreffen der für Bürokratieabbau verantwortlichen Referenten der IHKs etabliert, damit zukünftig die Interessen der Unternehmen gemeinsam noch effektiver vertreten werden können.



Auf der DIHK-Bürokratieabbaukonferenz hält Bundesjustizminister Marco Buschmann fest: „Unsere Unternehmen leiden an einem Bürokratie-Burnout“ – und stellt Erleichterungen in Aussicht.



Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, wirbt auf der Bürokratieabbaukonferenz der DIHK für eine Entlastung der Unternehmen. Rechts im Bild: Lutz Goebel, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates.

Lkw-Maut: Vom Wegeentgelt auf dem Weg zum umweltpolitischen Lenkungsinstrument

Zum 1. Dezember 2023 wurde die Lkw-Maut um eine zusätzliche CO₂-Komponente erweitert. Die DIHK hat mehrfach die zahlreichen Schwachstellen kritisiert: unglücklicher Starttermin im Geschäftsjahr, Abkehr vom Grundsatz „Straße finanziert Straße“ und eine Mehrbelastung von Wirtschaft und Bürgern mit zusätzlichen Kosten von rund 7 Milliarden Euro. Zugleich geht die erhoffte Lenkungswirkung ins Leere, weil Lkw mit alternativen Antrieben und die zugehörige Ladeinfrastruktur derzeit kaum zur Verfügung stehen. Auch damit zu finanzierende zusätzliche Kapazitäten auf der Schiene zur Verkehrsverlagerung gibt es erst in vielen Jahren. Die DIHK mahnt zudem weiterhin die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausschlusses einer Doppelbelastung durch die CO₂-Bepreisung an.

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetze in Deutschland und der EU

Seit Anfang 2023 müssen Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitern das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) umsetzen. Ab 2024 gilt der Anwendungsbereich auch für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Die DIHK hat im Rahmen von diversen Vorträgen bei IHK-Ausschüssen, Arbeitskreisen und Veranstaltungen die Unternehmen sensibilisiert und mit Informationen unterstützt. Außerdem hat sich die DIHK weiterhin für eine praxisnahe und bürokratiearme Umsetzung des Gesetzes und für praxistaugliche Handreichungen eingesetzt. Die Ergebnisse der Sonderauswertung der „Going International“-Umfrage zum LkSG wurden breit kommuniziert. Die DIHK hat darüber hinaus den Gesetzgebungsprozess zum EU-Lieferkettengesetz verfolgt und auf vielfältige Weise die Sicht der gewerblichen Wirtschaft in die politische Diskussion eingebracht.

Verkehrsinfrastrukturausbau in Zeiten des Klimawandels

Im Zuge der Überarbeitung der Bedarfspläne für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wurde über Anpassungsnotwendigkeiten diskutiert. Von Seiten der Umweltverbände werden Neubewertungen von Straßenbauvorhaben mit Blick auf den Klimaschutz gefordert. Die DIHK hat sich in die Debatte im Rahmen des Infrastrukturdialogs des BMDV eingebracht und ange-mahnt, dass das Verkehrswachstum Kapazitätsanpassungen bei Straße, Schiene und Wasserstraßen gleichermaßen erforderlich mache. Die Projekte des BVWP seien in Nutzen-Kosten-Analysen bewertet worden und auf mittlere Sicht würden ohnehin alle Verkehrsträger ohne fossile Energien betrieben werden.

DIHK-Verkehrsausschuss – Logistik unter schwierigen Bedingungen

Die Mitglieder diskutierten mit großem Engagement verkehrspolitische Fragen. Beim Austausch mit Oliver Luksic, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMDV, nahm die Erhöhung und Ausweitung der Lkw-Maut breiten Raum ein. Themen waren erneut der schlechte Zustand der Verkehrswege und die kontroversen Debatten um die Beschleunigung von Verkehrsprojekten. Der Ausschuss befasste sich auch mit Problemen bei Großraum- und Schwertransporten und dem weiter drängenden Fahrermangel – Themen, zu denen die DIHK in regelmäßigem Austausch mit der Politik ist und sich in die politische Debatte einbringt.

DIHK-Verkehrsausschuss konstituiert sich neu

Bei der konstituierenden Sitzung des DIHK-Verkehrsausschusses im April 2023 wurde Georg Dettendorfer erneut zum Ausschussvorsitzenden und Sandra Jachmann zu seiner Stellvertreterin gewählt. Georg Dettendorfer ist Geschäftsführer der Johann Dettendorfer Spedition Ferntrans GmbH & Co. KG in Nußdorf am Inn und Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern. Sandra Jachmann ist geschäftsführende Gesellschafterin der Erich Jachmann Spedition EJS GmbH & Co. KG in Mettmann.



Der Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern Georg Dettendorfer bleibt Vorsitzender des DIHK-Verkehrsausschusses, seine Stellvertreterin wird Sandra Jachmann.

Rechte Seite: Prof. Felix Bießmann, Berliner Hochschule für Technik (BHT), berichtet den Mitgliedern des DIHK-Verkehrsausschusses über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Bereich Verkehr und Logistik.

Rechte Seite, außen: Oliver Luksic, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMDV, (Mitte) im Austausch mit Georg Dettendorfer, Vorsitzender DIHK-Verkehrsausschuss, (links) und Sandra Jachmann, stellvertretende Vorsitzende DIHK-Verkehrsausschuss (rechts).



Bürokratieabbau in der Tourismuswirtschaft drängend

Wie können wir die Rahmenbedingungen für die Tourismusbranche in Zukunft weniger bürokratischer gestalten? Die DIHK-Studie „Bürokratiebelastung bremsen – eine Studie am Beispiel des Gastgewerbes“ benennt 125 geltende Verordnungen und Gesetze, die für das Gastgewerbe zu erfüllen sind. Wöchentlich verbringen Gastronomen im Schnitt vierzehn Stunden mit der Erfüllung ihrer bürokratischen Pflichten. Zeit, die zur Betreuung der Gäste fehlt und insbesondere



re zu Zeiten des Fachkräftemangels schwer abzufedern ist. Auf Einladung des tourismuspolitischen Sprechers der SPD, Stefan Zierke (MdB), kamen Experten aus DIHK und führende SPD-Abgeordnete in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages zusammen, um einzelne Maßnahmen zum Bürokratieabbau in den Fokus zu nehmen. Im Workshop mit der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Verena Hubertz und weiteren führenden SPD-Tourismuspolitikern konnte sich die DIHK als Kompetensträger bei verschiedenen Themen rund um das Thema Bürokratieabbau im Tourismus positionieren und lieferte konkrete Vorschläge zur zeitnahen Umsetzung.

DIHK-Tourismusausschuss diskutiert Herausforderungen der Branche

Der DIHK-Ausschuss für Tourismus befasste sich mit übergreifenden Themen wie Bürokratieabbau im Gastgewerbe, Digitale Transformation im Tourismus, Fachkräftesicherung und Nachhaltigkeit im Tourismus. Mitglieder des Ausschusses sind Unternehmerinnen und Unternehmer aus nahezu allen Branchen der Tourismuswirtschaft, zum Beispiel Hoteliers, Messe- und Kongressveranstalter, Tourismusagenturen, Reiseveranstalter und Reisevermittler.



Kurze Aufwärmrunde vor Beginn der Sitzung des DIHK-Tourismusausschusses: Ausschussvorsitzender Robert Rückel, Dirk Binding, DIHK-Bereichsleiter, Anja Karliczek, MdB, Tourismuspolitische Sprecherin CDU (v.l.n.r.).

Robert Rückel, Direktor des Deutschen Spionagemuseums und des Deutschlandmuseums, wurde in der konstituierenden Sitzung des DIHK-Tourismusausschusses für die Ausschussperiode (2023–2026) zum neuen Vorsitzenden gewählt. In der zweiten Sitzung tagte der Tourismusausschuss in Dortmund und befasste sich u. a. im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft der Herren im Jahr 2024 mit dem Thema internationale Großveranstaltungen.

Standortentwicklung stärken: analog, digital und nachhaltig

Attraktive Innenstädte und Ortszentren brauchen Belebung, dies kann nur unter den entsprechenden Rahmenbedingungen gelingen. Die DIHK bringt sich u. a. im Beirat Innen-

stadt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen ein und berät zu Maßnahmen der Stärkung der multifunktionalen und resilienten Innenstadt.

Gleichzeitig müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden. Wie dies mit Hilfe der Digitalisierung zum Beispiel in der Bauleitplanung aussehen kann, hat die DIHK in Stellungnahmen vorgestellt und in Anhörungen im Bundestag erörtert.

Nutzen der Normung erhalten – national, europäisch, international

Das Deutsche Institut für Normung, kurz DIN, verwaltet 34.000 Normen. Jedes Jahr kommen über 2.000 neue hinzu. Die DIHK setzt sich dafür ein, dass gerade KMU bei der Normung mitmachen können und die Normen finden, die sie brauchen – und dass Normung beherrschbar für die Unternehmen bleibt. Damit Normung die internationale Wettbewerbsfähigkeit unterstützt, engagiert sich die DIHK beim Deutschen Strategieforum für Standardisierung. Themen wie Künstliche

Intelligenz, Wasserstoffstrategie und Kreislaufwirtschaft werden hier in Bezug auf das Normenwesen vorbereitet.

DIHK-Handelsausschuss als Gestalter der deutschen Handelspolitik

Die Mitglieder des Handelsausschusses diskutierten die aktuellen politischen Themen in ihren Sitzungen mit allen handelspolitischen Stakeholdern: mit den Mitgliedern des Bund-Länder-Ausschusses Binnenhandel über die Aktivitäten der Länder, insbesondere zur Stärkung der Innenstädte, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klima über die geplanten Gesetzgebungen, mit den Vertretern einer Regierungsfraktion über die aktuelle handelspolitische Schwerpunktsetzung der Bundesregierung und mit den Vertretern

der Opposition darüber, „was es noch braucht“. In diesen Dialogen brachte der DIHK-Handelsausschuss jeweils die Sicht der deutschen Handelsunternehmen in die politische Diskussion ein.

DIHK fordert zügige Bürokratieentlastungen im Gesundheitssektor

Auf kaum einen anderen Sektor drückt die Bürokratielast so stark wie auf die Gesundheitswirtschaft. Betroffen ist die gesamte Wertschöpfungskette der Branche – von der Entwicklung über die Zulassung und Produktion bis hin zu Abgabe, Leistungserbringung und Kostenabrechnung: Komplizierte Verfahren binden sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen, die dann nicht mehr für das Kerngeschäft zur Verfügung stehen. Vorschläge für Verbesserungen hat die DIHK in einem Impulspapier zusammengefasst, das im Mai 2023 veröffentlicht wurde. Potenziale lassen sich in nahezu allen Bereichen heben, etwa bei Forschung und Digitalisierung. Lange und bürokratische Verfahren machen den Forschungsstandort Deutschland nicht nur für kleine und mittlere Unternehmen unattraktiv. Um den Gesundheits- und Wirtschaftsstandort zu stärken, müssen Verfahren nicht nur möglichst unbürokratisch, sondern insgesamt zukunftsfähig ausgestaltet werden. Das betrifft etwa den Zugang zu Daten und die Zulassung von Medizinprodukten. Hier müssen die Bedarfe der Unternehmen – etwa hinsichtlich der Planungssicherheit – stärker in den Blick genommen werden.

EU-Rechtsrahmen für Medizinprodukte: EU verliert bei Innovationen weiter an Boden

Ob chirurgische Instrumente, Herzkatheter für Neugeborene oder Notfallbeatmungsgeräte: Zwei Jahre nach der Einführung der Medizinprodukteverordnung (MDR) ziehen die Hersteller eine ernüchternde Bilanz. Dies zeigen die im Dezember 2023 veröffentlichten Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung, die in Zusammenarbeit mit MedicalMountains und dem Verband Spectaris durchgeführt wurde. Die MDR stellt weiterhin nahezu alle betroffenen Unternehmen vor große Umsetzungsprobleme. Drei Viertel der Unternehmen



Oben: Herbstsitzung des DIHK-Handelsausschusses im November 2023: Daniel Föst, MdB, Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Bernd Behrens, Vorsitzender des DIHK-Handelsausschusses.

Oben rechts: Kirstin Pukall, Leiterin des Referats Handel im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Bernd Behrens, Vorsitzender des DIHK-Handelsausschusses.



Unten rechts: Herbstsitzung des DIHK-Handelsausschusses im November 2023: Dirk Binding, Bereichsleiter in der DIHK, Jan Metzler, MdB, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Berichterstatter der CDU/CSU Fraktion für den Bereich Einzelhandel, Bernd Behrens, Vorsitzender des DIHK-Handelsausschusses (v.l.n.r.).

verzeichnen negative Auswirkungen auf ihre Innovationstätigkeit, in mehr als jedem zweiten Produktportfolio werden Produkte vom Markt genommen. Zwar wurden Ende 2022 die Übergangsfristen für Bestandsprodukte auf 2026/2027 verlängert. Dies hat jedoch nichts an den strukturellen Problemen geändert. Im Gegenteil: Es bewahrheitet sich sogar die Einschätzung aus der ersten Erhebung im Frühjahr 2022, wonach die MDR nicht praxistauglich ist. Fast alle Betriebe haben weiterhin Probleme bei der Umsetzung – insbesondere aufgrund hoher Kosten- und Bürokratiebelastungen. Gerade die Situation der vielen kleinen Unternehmen der Branche ist besorgniserregend. Die Ergebnisse der Umfrage wurden genutzt, um auf Landes-, Bundes- und Europaebene nochmals dezidiert auf die Probleme der Betriebe aufmerksam zu machen und entsprechende Forderungen zu platzieren.

Unterstützung für die nachhaltige Industrialisierung Afrikas

Lokale Wertschöpfung in Afrika steigern: Im September veranstaltete das IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) in Kooperation mit der IHK Reutlingen das „IHK-Regionalforum Afrika: Maschinenbau und Textilwirtschaft“. Knapp 50 Unternehmensvertreter aus Baden-Württemberg tauschten sich mit Afrika-Experten darüber aus, wie Geschäftschancen auf dem afrikanischen Kontinent in den Bereichen Maschinenbau und Textilwirtschaft genutzt werden können. Um Unternehmen aus dem Maschinenbau auf das Potenzial des afrikanischen Kontinents aufmerksam zu machen, veranstaltete INA in Kooperation mit der IHK Region Stuttgart im Mai sein traditionelles Flagship-Format: das IHK-Regionalforum Afrika. Auch auf der Hannover Messe im April 2023 und der „Schweißen und Schneiden“ im September 2023 war INA vertreten, um Unternehmen aus dem Maschinenbau direkt zu den Chancen im Afrikageschäft zu beraten.

Rechts: Grafik aus dem DIHK-Report zur Unternehmensnachfolge 2023

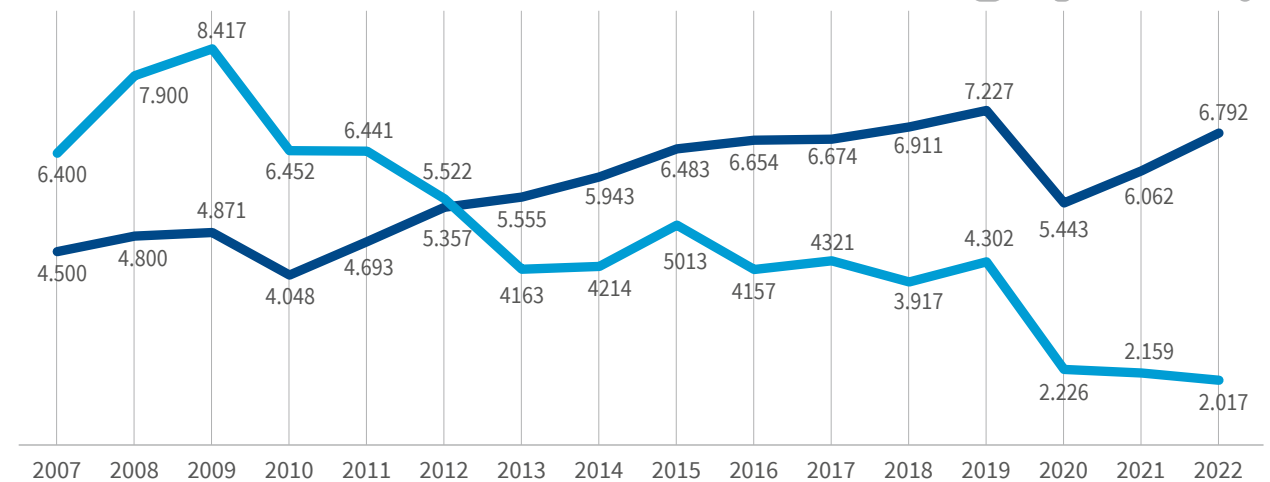


Thando Sililo, Leiter des IHK-Netzwerkbüros Afrika, mit Lennart Braun und Tara Méité sowie Sandra Schorrer von der IHK Reutlingen auf dem Reutlinger IHK-Regionalforum im September 2023 (v.l.n.r.).

Mehr Unternehmen, weniger Interessierte

2022: Seniorunternehmer/innen und Übernahmeinteressierte in der IHK-Beratung

■ Seniorunternehmer/innen ■ Übernahmeinteressierte





Spannender Austausch zu aktuellen Entwicklungen der nationalen Datenstrategie und des Dateninstituts: DIHK-Bereichsleiter Dirk Binding, DIHK-Referatsleiterin Ines Rerbal und Armand Zorn, MdB, Mitglied im BT-Ausschuss für Digitales (v.l.n.r.).



Links: Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, wirbt auch bei CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, MdB, für die Anliegen der kleinen und mittelständischen Unternehmen.



Unten: DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller tauscht sich mit BMWK-Staatssekretärin Franziska Brantner, MdB, aus und berichtet aus der betrieblichen Praxis der Unternehmen.

DIHK-Bereichsleiter Rainer Kambeck vertritt im November 2023 als Sachverständiger vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zum Wachstumschancengesetz die Interessen der Unternehmen.



Steuer- und Finanzpolitik

Die Finanz- und Steuerpolitik des Jahres 2023 war geprägt durch die Herausforderungen bei der Finanzierung des laufenden und der zukünftigen Bundeshaushalte sowie der eingerichteten Sondervermögen. Schon das ursprüngliche Gesetzgebungsverfahren für den Bundeshaushalt 2024 gestaltete sich 2023 in der Regierungskoalition schwierig und dauerte länger als gewöhnlich. Die DIHK hat sich intensiv in die Debatte über die Maßnahmen des Wachstumschancengesetzes zur steuerlichen Entlastung und zur Reduzierung der Energiekosten eingebracht. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Mitte November 2023 zum Nachtragshaushalt 2021 hatte weitreichende Konsequenzen. Die DIHK hat mit zahlreichen Formaten, in Stellungnahmen und bei Anhörungen deutlich gemacht, dass der Fokus bei den staatlichen Ausgaben stärker auf mehr Investitionen gelegt werden sollte. Höhere staatliche Investitionen, aber insbesondere bessere Rahmenbedingungen für mehr private Investitionen sind die Voraussetzung für ein höheres Wachstum und damit für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft zur angestrebten Klimaneutralität. Aus DIHK-Sicht sollte diese Weichenstellung vorgenommen werden, ohne zukünftige Generationen mit höheren Schulden und den damit verbundenen Finanzierungsverpflichtungen zu belasten.

DIHK fordert spürbare Entlastungen durch das Wachstumschancengesetz

Investitionsprämie, „Super-Abschreibung“ für Digitalisierung und Klimaschutz, verbesserte Verlustverrechnung, verbesserte steuerliche FuE-Förderung – die Erwartungen der Wirtschaft an dieses lange angekündigte Gesetz waren groß. Die DIHK hat sich gemeinsam mit den IHKs und den Unternehmen des Finanz- und Steuerausschusses in verschiedenen Formaten dafür eingesetzt, dass das Gesetz zu effektiven, spürbaren Entlastungen der Wirtschaft

führt. Mehrfach konnte die DIHK virtuell und in Präsenz Plattformen anbieten, in denen Unternehmen, politische Entscheidungsträger, Finanzverwaltung und Wissenschaft über die dringend erforderlichen Wachstumsimpulse diskutieren konnten. Dass die vorgesehenen Maßnahmen in ihrer entlastenden Wirkung im Laufe des Gesetzgebungsprozesses immer stärker eingeschränkt wurden, hat die DIHK im Rahmen der Sachverständigenanhörungen des Finanzausschusses des Bundestages im Oktober 2023 deutlich kritisiert. Durch eine gemeinsame Initiative mit anderen Spitzenverbänden konnte die DIHK Ende 2023 noch erreichen, dass wenigstens dringend erforderliche gesetzliche Anpassungen – etwa die Grunderwerbsteuer betreffend – noch von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurden, damit Unternehmen die erforderliche Rechtssicherheit geboten wird.

Globale Mindeststeuer: DIHK setzt Erleichterungen für Unternehmen durch

Die DIHK hat sich im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur internationalen Mindestbesteuerung wiederholt für durchgreifende Erleichterungen für Unternehmen eingesetzt. Mit der DIHK-Fachtagung zum Verfahren im Juni 2023 hat die DIHK eine Plattform geboten, auf der Unternehmen, Politik, Finanzverwaltung und Wissenschaft den aktuellen Stand der Gesetzgebung diskutieren konnten. Die Unternehmen konnten dabei verdeutlichen, dass das Gesetz wegen seiner hohen Komplexität in den Unternehmen erhebliche Umsetzungs- und Compliancekosten verursachen wird, weil Unternehmen Investitionen in neue IT-gestützte Rechnungslegungs-, Reporting- und gegebenenfalls ERP-Systeme vornehmen müssen. Deutlich gemacht werden konnte auch, dass davon nicht lediglich große Unternehmen betroffen sind, sondern auch kleinere Tochtergesellschaften

oder Niederlassungen. Die DIHK konnte die Argumente der Unternehmen auch bei der Sachverständigenanhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages im Oktober 2023 vortragen. Dabei wurde insbesondere gefordert, weitere Erleichterungen (etwa sogenannte „Safe Harbours“) bei der Meldung und Berechnung der knapp 260 neuen Datenpunkte vorzusehen.

DIHK erreicht Verbesserungen bei Einführung der eRechnung

Die DIHK hat sich im Gesetzgebungsverfahren zur Einführung von obligatorischen elektronischen Rechnungen für inländische B2B-Umsätze erfolgreich dafür eingesetzt, dass von den Unternehmen weiterhin bereits etablierte Verfahren angewendet werden können. Das betrifft insbesondere über das sogenannte EDI-Verfahren („Electronic Data Interchange“) ausgestellte Rechnungen. Zudem konnte die DIHK die Forderung der Unternehmen erfolgreich bei den politischen Entscheidungsträgern einbringen, dass die Ausstellungspflicht für eRechnungen zwingend erst ab 2027 beziehungsweise für kleinere Unternehmen erst ab 2028 gilt. Bereits ab 2025 müssen alle Unternehmen eRechnungen empfangen können, wenn ihr Vertragspartner dies einfordert. Die DIHK hat sich bei der Bundesregierung dafür eingesetzt, dass den Unternehmen ein kostenfreies staatliches Tool zur Visualisierung strukturierter Datensätze zur Verfügung gestellt wird, um in der Breite der Wirtschaft eine rechtzeitige Umsetzung des Gesetzes sicherzustellen.

DIHK sichert Entgeltumwandlungsmöglichkeit bei Mitarbeiterkapitalbeteiligung

Mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz werden ab 2024 die steuerlichen Regelungen zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung verbessert, unter anderem wird der steuerliche

Freibetrag auf 2.000 Euro erhöht. Bereits Ende April 2023 hat die DIHK im Rahmen eines Verbändeausstauschs im Bundesministerium der Finanzen die wichtigsten Verbesserungsvorschläge der Unternehmen vorgetragen. In ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf hat sich die DIHK insbesondere für eine Beibehaltung der Entgeltumwandlungsmöglichkeit stark gemacht, die gestrichen werden sollte. Bei vielen jungen Unternehmen der Start-up-Szene hätte ein Verbot der Entgeltumwandlung dazu geführt, dass den Mitarbeitern mangels verfügbarer Mittel keine Kapitalbeteiligungen hätten angeboten werden können. Für bestehende Unternehmen wären zudem bereits eingerichtete Systeme, die die Möglichkeit der Gehaltsumwandlung nutzen, teilweise außer Funktion gesetzt oder behindert worden.

DIHK Spotlight Sustainable Finance

Die DIHK hat eine Webinarreihe zum Thema Sustainable Finance organisiert: Veranstaltungen zur Taxonomie und zur Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) sowie zu den künftigen Europäischen Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) dienen dabei der Erstinformation von IHK-Kollegen und Unternehmensvertretern. Die Veranstaltungen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern zeigten deutlich den fortwährenden Informationsbedarf der Unternehmen sowie die allgemeine Unsicherheit bei diesen beiden Themen.

Die DIHK ist in den wichtigsten Gremien vertreten, die sich mit dem Thema Sustainable Finance beschäftigen: In Brüssel in Zusammenarbeit mit Eurochambres als Mitglied in der Plattform on Sustainable Finance der EU-Kommission, in der die entscheidenden Weichenstellungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der EU vorgenommen werden, und in Berlin mit Beobachterstatus im Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung, einer Dialogplattform mit Mitgliedern aus Realwirtschaft, Finanzwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, die die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer Sustainable-Finance-Strategie berät.



Jens Spahn, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, kritisiert die Mittelstandspolitik der Bundesregierung und diskutiert mit den Ausschussmitgliedern die aus seiner Sicht erforderlichen Maßnahmen. Der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks und der Vorsitzende des DIHK-Mittelstandsausschusses Hans-Werner Lindgens moderieren den Austausch.

Rechte Seite, oben links: Nancy Plaßmann, Vorständin der Berliner Sparkasse, wird im Mai 2023 zur ehrenamtlichen Vorsitzenden des DIHK-Geld- und Kreditausschusses gewählt.

Rechte Seite, unten links: Als ehrenamtlich tätiger DIHK-Vizepräsident bringt der Unternehmer Ralf Stoffels seine Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis ein.

Rechte Seite, oben rechts: Auch dank der vielen Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern weiß DIHK-Präsident Peter Adrian, wie es um die Stimmung in der Wirtschaft steht.

Rechte Seite, unten rechts: DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier (r.) und DIHK-Bereichsleiter Rainer Kambeck eröffnen die konstituierende Sitzung des DIHK-Geld- und Kreditausschusses.



Im September lädt die DIHK ins Haus der Deutschen Wirtschaft, um die Chancen der künstlichen Intelligenz sichtbar zu machen und Unternehmen bei deren rechtskonformem Einsatz zu unterstützen.

Konferenzturm

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

KI statt k.o.

Chancen nutzen,

Herausforderungen meistern

6. September 2023, Berlin

Digitalisierung

Die voranschreitende Digitalisierung der deutschen Wirtschaft stellt Weichen für die Integration innovativer Technologien und Anwendungen sowie neue Geschäftsprozesse. Die vermehrte Datenverfügbarkeit ist ein entscheidender Beschleuniger dieser Transformation. Technologische Innovationen wie generative Künstliche Intelligenz (KI) revolutionieren in ungeahnter Geschwindigkeit die Wertschöpfungsprozesse von morgen. Das eingeläutete digitale Zeitalter wird Teil der Lösung für zahlreiche unternehmerische Herausforderungen wie den Fachkräftemangel sein müssen. Deshalb setzt sich die DIHK für die Digitalisierung im privaten und im öffentlichen Sektor verstärkt ein. Wichtige Grundvoraussetzungen für das Gelingen dieser Transformation sind auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur und eine proaktive Verwaltung, die das Rückgrat der digitalen Transformation bildet. Die veränderten Anforderungen der digitalen Arbeitswelt stellen einen entscheidenden Begleitfaktor dar, den die DIHK auch aufgrund seiner besonderen Rolle im Bereich der Weiterbildung als Schwerpunkt ihrer Arbeit betrachtet.

Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie erschließen

Die DIHK setzt sich auf nationaler Ebene und in Europa für verbesserte Bedingungen, für die Entwicklung und den Einsatz von KI ein. Die Entwicklung effizienter Large Language Models wie ChatGPT verdeutlicht den disruptiven Effekt der Technologie und den Bedarf an einem klaren und sicheren Regelungsrahmen.

In zahlreichen Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern aus den Ministerien und mit Abgeordneten wurde die Position der gewerblichen Wirtschaft aktiv vorgetragen. Neben Stellungnahmen nutzte die DIHK verschiedene Formate, um neue Impulse für die aktuelle Debatte zu generieren.

Die Bedeutung von KI für die deutsche Wirtschaft spiegelt sich auch in der internen Organisationsstruktur der DIHK wider. Während der letzten Sitzung des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie wurde eine neue Projektgruppe KI ins Leben gerufen. Hierbei diskutierten Unternehmensvertreter wesentliche Schwerpunktthemen bezüglich KI für das Jahr 2024.

Verwaltungsdigitalisierung an den Bedarfen der Unternehmen ausrichten

In deutschen Unternehmen gibt es klare Vorstellungen darüber, wie moderne Verwaltung funktionieren sollte: Anträge für neue Industrieanlagen oder Glasfaserleitungen erfolgen über einen einheitlichen digitalen Zugang, Identifizierung und Authentifizierung über ein funktional einheitliches Unternehmenskonto, über den Stand des Verfahrens werden Unternehmen jederzeit auf dem Laufenden gehalten. Unternehmen können Meldungen vollautomatisiert über Maschine-zu-Maschine-Schnittstellen abwickeln, und Unterlagen müssen entsprechend dem sogenannten Once-only-Prinzip nicht immer wieder neu eingereicht werden, weil die Verwaltung die Daten nutzt, die dort bereits vorliegen.

Dafür müssen grundlegende Voraussetzungen erst noch geschaffen werden. Die DIHK setzt sich – im Verfahren über das Update des Onlinezugangsgesetzes und darüber hinaus – aktiv dafür ein, dass grundlegende Bausteine für eine wirksame Digitalisierung der Verwaltung endlich ernsthaft angegangen werden. Auch auf eine umfassende Registermodernisierung arbeitet die DIHK in den entscheidenden Gremien hin und setzt sich für geeignete rechtliche Rahmenbedingungen ein. Denn ohne diese kann die Umsetzung des Once-only-Prinzips nicht gelingen.

Analoge und digitale Sicherheit ganzheitlich betrachten und gewährleisten

Die physische Sicherheit und die Sicherheit von Daten und Informationen lassen sich kaum mehr voneinander trennen. Die DIHK engagiert sich im politischen Raum dafür, die Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen effektiv zu gestalten, so dass jeder Akteur seinen Beitrag entsprechend seinen Fähigkeiten leisten kann. Ziel ist es, dass zusätzliche rechtliche Verpflichtungen, etwa das Kritis-Dachgesetz oder das NIS2-Umsetzungsgesetz, die wesentlich mehr Unternehmen als bislang zu Meldungen und zum Nachweis ihrer Sicherheitsmaßnahmen verpflichten, so bürokratiearm wie möglich ausgestaltet werden. Über die Ausgestaltung der nationalen Cybersicherheitsstrategie diskutierten im November mehr als 300 Vertreter aus Bund, Ländern, Wissenschaft und Wirtschaft beim ersten Berliner Cybersicherheitsgipfel, den die DIHK mit ausgerichtet hat.

„Daten statt Worte“ – das Datenforum der Deutschen Wirtschaft

Im November 2023 lud die DIHK unter dem Motto „Daten statt Worte“ zum Austausch rund um das Thema Datenökonomie ein. Dabei diskutierten Unternehmen, IHKs und Fachverbände mit Vertretern aus Ministerien und Politik, wie Daten unsere Zukunft verändern.

Nach einer Podiumsdiskussion über den Datenstandort Deutschland bot ein Marktplatz mit vielen spannenden Ausstellern den Gästen „Daten zum Anfassen“, beispielsweise durch die Anwendung von VR-Brillen, den Einsatz eines Roboters und die Präsentation vieler weiterer technologischer Entwicklungen.

Anschließend beleuchteten Experten aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft in Break-out-Sessions die Themen Datensammlung und Datenschutz, Daten und Nachhaltigkeit, Open Data und Datenqualität sowie künstliche Intelligenz und Daten.

Datenökonomie: Wo stehen wir?

In verschiedenen Diskussionsformaten tauscht sich die DIHK mit Vertretern aus der Politik über aktuelle Themen der Datenökonomie aus. 2023 ging es vor allem um die

europäischen Digitalstrategien wie den Data Act, Digital Markets Act (DMA) und Digital Services Act (DSA) sowie auf nationaler Ebene um die Datenstrategie und das Dateninstitut. Dabei standen die Belange der (klein- und mittelständischen) Unternehmen im Mittelpunkt – vor allem mit Blick auf einen rechtssicheren, verständlichen und sicheren Umgang mit Daten.

Das DIHK-Datenforum war eine gelungene Auftaktveranstaltung, um den Austausch von Best Practices zwischen Akteuren aus Politik und Industrie am Anwendungsfall zu fördern und die Chancen und Herausforderungen der Datenökonomie praxisnah zu beleuchten.

KI statt k.o. – Chancen nutzen, Herausforderungen meistern

Künstliche Intelligenz (KI) hat das Potenzial, die Wirtschaft tiefgreifend zu verändern. Sie bietet große Chancen für die Wirtschaft, nicht zuletzt die Aussicht auf hohe Effizienzgewinne oder die Erschließung neuer Geschäftsmodelle. Gleichermaßen bringt die Technologie rechtliche Herausforderungen und Fragestellungen mit sich. Um die Chancen der Technologie sichtbar zu machen und Unternehmen bei deren rechtskonformem Einsatz zu unterstützen, hat die DIHK dieses facettenreiche Thema im Rahmen einer KI-Veranstaltung im September 2023 beleuchtet.

Die beiden DIHK-Bereichsleiter Dirk Binding (1.v.l.) und Prof. Stephan Wernicke (3.v.r.) sowie DIHK-Referatsleiterin Ines Rerbal (2.v.l.) tauschen sich mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten Prof. Ulrich Kelber (3.v.l.) und seinen Referatsleitern Nils Leopold (1.v.r.) und Sven Hermerschmidt (2.v.r.) über Datenökonomie und Datenschutz aus.





Bei der Podiumsdiskussion „Deutschland, deine Daten“ spricht Ben Brake (BMDV) mit verschiedenen Unternehmerinnen und Unternehmern über die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Datenökonomie.



Ilja Nothnagel, Mitglied der DIHK-Hauptgeschäftsführung, spricht über die Chancen der Digitalisierung, die sich insbesondere auch für kleine und mittelständische Unternehmen auftun.



In einer Podiumsdiskussion erörtern Fachleute aus Wirtschaft und Politik geeignete Rahmenbedingungen für den Einsatz und die Entwicklung von KI: Dirk Binding, DIHK-Bereichsleiter, Kilian Gross, Koordinator der EU-Kommission für die AI-Politik, Thomas Spaeing, Vorstandsvorsitzender des Berufsverbands der Datenschutzbeauftragten Deutschlands, Anna Christmann, Bundestagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen und Beauftragte für die Digitale Wirtschaft und Start-ups, Kai Zenner, Büroleiter MdEP Axel Voss, Inga Michler, Moderation (v.l.n.r.).



Veranstaltung „KI statt KO“ der DIHK in Berlin im September 2023: Nadine Schön, Bundestagsabgeordnete der CDU, im Gespräch mit Dirk Binding, DIHK-Bereichsleiter Digitale Wirtschaft, Infrastruktur, Regionalpolitik.



Die Chancen von KI greifbar machen – das steht im Mittelpunkt der DIHK-KI-Veranstaltung im September 2023. Teilnehmer können u. a. einen KI-erzeugten Podcast ausprobieren.



Datenforum der DIHK in Berlin: Beim Marktplatz „Daten zum Anfassen“ können unsere Gäste aktuelle technologische Entwicklungen im Bereich Datenökonomie hautnah erleben.



Getreu dem Motto „Daten zum Anfassen“ ist der Roboterhund nicht nur eine hilfreiche Assistenz bei der Moderation der Veranstaltung, sondern auch einer der Aufmerksamkeitsmagneten unter den versammelten Teilnehmern der Veranstaltung.



Im Oktober findet das Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum zum sechsten Mal im Haus der Deutschen Wirtschaft statt. Auf dem Foto: DIHK-Präsident Peter Adrian, Bundeskanzler Olaf Scholz und der ukrainische Premierminister Denys Shmyhal (v.l.n.r.).

Internationales

AHK-Weltkonferenz 2023: Gemeinsam globale Herausforderungen meistern.

Die AHK-Weltkonferenz im Mai 2023 bot dem AHK-Netzwerk nach fünfjähriger Pause erneut eine Plattform, um den Austausch mit Partnern aus der deutschen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu vertiefen.

Die internen Formate zur zukunftsgerichteten Weiterentwicklung und der unternehmerorientierten Zusammenarbeit zwischen IHKS und AHK waren geprägt von innovativen Beiträgen und einem starken Zusammenhalt im AHK-Netz. Dazu trugen auch der Festabend mit der Prämierung der Deutschen Auslandsschulen sowie der Weltwirtschaftstag unter dem Motto „Lieferketten, Nachhaltigkeit, Energiekrise: Wo steht das Geschäftsmodell Deutschland?“ bei.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betonte die Bedeutung von Innovation und ökologischer Transformation sowie die Rolle der Deutschen Auslandshandelskammern für die deutsche Wirtschaft. Siemens-CEO Roland Busch plädierte für Zusammenarbeit und Innovation sowie für starke globale Partnerschaften.

Expertinnen und Experten diskutierten zudem über das deutsche Geschäftsmodell in Zeiten von De-Coupling, De-Risking und De-Globalization. Das zahlreich vertretene AHK-Ehrenamt ging am letzten Konferenztage in den direkten Austausch mit Staatssekretär Jörg Kukies und BASF-Vorstandsvorsitzendem Martin Brudermüller über die aktuellen Herausforderungen im Auslandsgeschäft.

Die AHK-Weltkonferenz unterstrich erneut die Rolle der AHKs als Brückenbauer für deutsche Unternehmen in zunehmend komplexer werdenden globalen Wirtschaftsbeziehungen.



Gruppenbild der AHK-DE-Dienstleistungsverantwortlichen mit Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer, und Benjamin Leipold, DIHK-Bereichsleiter AHK-Netz und Geschäftsführer DIHK DEinternational GmbH.

Neue Spitze beim europäischen Dachverband Eurochambres

Der Dachverband der europäischen Industrie- und Handelskammern Eurochambres wählte 2023 einen neuen Präsidenten: Vladimír Dlouhý von der tschechischen Industrie- und Handelskammer wird das Amt für zwei Jahre ausüben, unterstützt von den drei neuen Stellvertretern Wouter van Gulck (Belgien), Aigars Rostovskis (Lettland) und Juho Romakkaniemi (Finnland). Sibylle Thierer bleibt weiterhin deutsche Vizepräsidentin und Mitglied des Vorstands von Eurochambres.

Im September 2023 diskutierte das Präsidium von Eurochambres Fragen rund um das EU-Lieferkettengesetz und den europäischen Green Deal mit Vertretern der spanischen EU-Ratspräsidentschaft in Madrid. Einen besonderen Höhepunkt bildete dabei die Audienz bei König Felipe VI., bei der ebenfalls die Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im Fokus stand.

Europäisches Parlament der Unternehmen 2023

Ein klares Bekenntnis zu Europa und gegen zu viel Bürokratie und Regulierung gab es beim Europäischen Parlament der Unternehmen (EPdU), das nach fünf Jahren coronabedingter Pause wieder in Brüssel stattfand. Auf Einladung von Eurochambres kamen im November 2023 mehr als 600 Unternehmer aus ganz Europa im Plenarsaal des Europäischen Parlaments zusammen. In Anwesenheit hochrangiger Vertreter von EU-Kommission und Europäischem Parlament stimmten sie über wirtschaftsrelevante Fragen ab und konnten in Redebeiträgen verdeutlichen, was die Unternehmen von der Europapolitik erwarten. So plädierte Eurochambres Vizepräsidentin Sibylle Thierer, die die 94-köpfige deutsche Unternehmerdelegation leitete, für ehrgeizige und gleichzeitig durchsetzbare Handelsabkommen mit möglichst vielen Ländern. Bereits im Vorfeld des EPdU hatte sich die deutsche Delegation mit Europaabgeordneten über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa ausgetauscht.

Parlamentarischer Abend von DIHK und ZDH in Brüssel: DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier, Eurochambres Vizepräsidentin Sibylle Thierer, Botschafterin Helen Winter, ZDH-Präsident Jörg Dittrich (v.l.n.r.).



EPdU 2023: Die deutsche Delegationsleiterin Sibylle Thierer spricht sich für mehr Freihandel aus.





Podiumsdiskussion mit deutschen Europaabgeordneten vor dem EPdU: Bernd Lange MdEP, Anna Cavazzini MdEP, Moderator Moritz Koch, Nicola Beer MdEP, Markus Ferber MdEP (v.l.n.r.).



Deutsch-Türkische Wiederaufbaukonferenz in Berlin im Juli 2023: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef, Thilo Pahl, Geschäftsführer der AHK Türkei, Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer, Peter Adrian, DIHK-Präsident, Pınar Ersoy, Präsidentin AHK Türkei, S.E. Ahmet Başar Şen, türkischer Botschafter in Deutschland, Rolf A. Königs, Präsident TD-IHK, Rifat Hisarcıklıoğlu, Präsident TOBB, Mehmet Eskiyan, Vizepräsident TD-IHK, Ben Butters, Geschäftsführer Eurochambres, Okan Özoğlu, Geschäftsführer TD-IHK (v.l.n.r.).

Wiederaufbau-Konferenz Türkei im Haus der Deutschen Wirtschaft

Im Februar 2023 erschütterten mehrere Erdbeben den Südosten der Türkei sowie Teile Syriens. Um den Wiederaufbau nachhaltig zu gestalten, ist neben internationalen Hilfsgeldern insbesondere ein intensives Engagement des Privatsektors aus dem In- und Ausland entscheidend. Die Wiederaufbau-Konferenz im Juli 2023 im Haus der Deut-

schen Wirtschaft stand daher unter dem Motto „Die Rolle des europäischen Privatsektors bei der (Re-)Aktivierung der Wirtschaft in den vom Erdbeben betroffenen Regionen“. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Union der Kammern und Börsen der Türkei (TOBB), der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer (AHK Türkei), der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer (TD-IHK) sowie der DIHK. Im Fokus standen vor allem die Themen „Bildung“ und „Energieeffizienter Aufbau der Infrastruktur“.

Rechte Seite: Bundeskanzler Olaf Scholz wendet sich per Video-nachricht an die Teilnehmer der Deutsch-Türkischen Wiederaufbaukonferenz im Haus der Deutschen Wirtschaft.



AHK-Jubiläen 2023 – Herzlichen Glückwunsch!

Mit der zunehmenden Lockerung der Reisebeschränkungen und der weiteren Zunahme an Präsenzveranstaltungen konnte die DIHK im Jahr 2023 bei wichtigen AHK-Jubiläen im weltweiten Netzwerk persönlich gratulieren. Herzlichen Glückwunsch an die Mitglieder sowie an die Kolleginnen und Kollegen der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer (20 Jahre), der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Marokko (25 Jahre), der Deutsch-Emiratischen Industrie- und Handelskammer (25 Jahre), der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer und der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer (jeweils 30 Jahre), der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Neuseeland (40 Jahre), der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Saudi-Arabien, Bahrain und Jemen (45 Jahre) und der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer Midwest in Chicago (60 Jahre).



DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller hält die Festrede zum 30-jährigen Bestehen der AHK Ungarn.



Im Juni 2023 kommen anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ungarn) in Budapest zusammen: Kirsten Schoder-Steinmüller, DIHK-Vizepräsidentin, Julia Gross, deutsche Botschafterin in Ungarn, Katalin Novák, Staatspräsidentin von Ungarn, András Sávós, AHK-Präsident, Barbara Zollmann, Geschäftsführerin der AHK Ungarn, Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung (v.l.n.r.).

Rechte Seite, links oben: 25-jähriges Jubiläum der Deutsch-Emiratischen Industrie- und Handelskammer (AHK VAE) in Dubai: Oliver Oehms, AHK-Geschäftsführer, Saeed Mohammed Al Ghurair, AHK-Vizepräsident, Faisal Al Amiri, AHK-Vorstandsmitglied, Dorothea Schütz, BMWK-Unterabteilungsleiterin, und der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks (v.l.n.r.).

Rechte Seite, links unten: Ilef Ajra, AHK-Repräsentanz Doha (Katar), Elisabeth Strahl, MENA-Referatsleiterin, Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, Rebecca Krey, AHK-Repräsentanz Doha (Katar), v.l.n.r.

Rechte Seite, oben Mitte: Panel-Talk „Marokko und Deutschland – eine Partnerschaft mit Zukunft“ anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der AHK Marokko: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Mazen Sowan, AHK-Präsident und Robert Dölger, Deutscher Botschafter in Marokko (v.l.n.r.).



Oben: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung, begrüßt in Prag die Gäste beim Festakt anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der AHK Tschechien.



6. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum im Oktober 2023

Die ukrainische Wirtschaft wächst wieder, und das trotz des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Gemeinsam mit der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) hat die DIHK das 6. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum im Oktober 2023 durchgeführt. Weit über 500 Gäste aus Politik und Wirtschaft haben über den weiteren Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine sowie den Wiederaufbau diskutiert. Mit dabei waren die Regierungschefs beider Länder, der ukrainische Präsident gab per Video ein Grußwort vor. Schwerpunkte bildeten die Themen Infrastruktur, Energie, Agrarwirtschaft und Sicherheit.

Links: DIHK-Präsident Peter Adrian spricht zu den Teilnehmern des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums.

Rechts: Live-Videozuschtaltung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.



CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU

Auch 2023 hat sich die DIHK sehr intensiv mit dem EU-CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM befasst und sich u. a. an der EU-Konsultation mit einem neuen Positionspapier beteiligt. Mit einer Vielzahl von Webinaren, Vorträgen und Informationsmaterial wurden Unternehmen sowie IHKs und AHKs über die neuen Regelungen informiert. Der Bundesregierung und der EU-Kommission wurden Vorschläge zum Bürokratieabbau und einer praxistauglicheren Anwendung übermittelt. Nach jahrelangem Einsatz nicht zuletzt der DIHK für diese Idee wurde 2023 der internationale Klimaklub gestartet, der globale Klimaschutzmaßnahmen koordinieren soll und dadurch neue Handelskonflikte und -hemmnisse reduzieren kann.

Fokus transatlantische Beziehungen

Die DIHK hat sich vor allem im Rahmen der Transatlantic Business Initiative (TBI) stark für engere Handelsbeziehungen mit dem wichtigsten Exportmarkt Deutschlands eingesetzt: den USA. Insbesondere der Inflation Reduction Act (IRA) der USA stand dabei im Fokus, da er bedeutende Marktchancen für deutsche Unternehmen beinhaltet, aber durch die diskriminierende Ausgestaltung auch negative Auswirkungen auf deutsche Wettbewerber und den Wirtschaftsstandort Deutschland hat. Daneben hat die DIHK weitere Positionierungen zur Transatlantischen Initiative für nachhaltigen Handel (TIST), zum Global Arrangement on Steel and Aluminium (GSA), zum Critical Minerals Agreement (CMA) und zum US-Prüfmechanismus für Auslandsinvestitionen verfasst und den transatlantischen Handels- und Technologierat (TTC) eng begleitet. Der Fokus der politischen Gespräche mit US-Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung lag dabei auf der Zusammenarbeit bei Handel und Investitionen sowie wirtschaftlicher Sicherheit.

Licht und Schatten in der Handelspolitik

Zur Erleichterung des Auslandsgeschäfts der deutschen Unternehmen hat sich die DIHK bei der EU-Kommission und der Bundesregierung wiederholt für ehrgeizige



DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier, Bernd Lange, MdEP und Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament, Peter Kulitz, Vorsitzender des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses und geschäftsführender Gesellschafter der ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG, bei der Sitzung des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses (v.l.n.r.).

Handelsabkommen und eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) eingesetzt. Hierzu begleitete die DIHK die Fortentwicklung der Handelsagenda der Bundesregierung. Über die Chancen der neuen bzw. modernisierten Handelsabkommen informierte die DIHK ausführlich und brachte im Vorfeld eigene Verbesserungsvorschläge ein, etwa für das 2023 ratifizierte Handelsabkommen der EU mit Neuseeland. Auch setzte sich die DIHK für das 2023 abgeschlossene EU-Handelsabkommen mit Kenia und für die 2023 wieder aufgenommenen Handelsverhandlungen mit Thailand ein. 2023 ist auch das CETA-Gesetz in Kraft getreten, mit dem das wichtige Handelsabkommen zwischen EU und Kanada in Deutschland ratifiziert wurde.

Nach jahrelangem Einsatz der DIHK für die Beseitigung von Brexit-Barrieren hat die britische Regierung 2023 entschieden, neben der UKCA-Kennzeichnung zukünftig weiterhin das CE-Kennzeichen anzuerkennen, womit viel Außenhandelsbürokratie entfällt. Auch tritt das Vereinigte Königreich wieder dem Horizon-Europe-Forschungsprogramm bei und erleichtert so die Zusammenarbeit bei Zukunftsinnovationen. Das Kammernetzwerk vermittelte darüber hinaus in der Praxis relevante Expertise etwa zur Access2Markets-Database der EU-Kommission samt Ursprungsrechner, so dass Unternehmen – insbesondere KMU – die EU-Abkommen auch anwenden können. Nach jahrelangem Einsatz der DIHK haben sich die G20-Staats- und Regierungschefs beim G20-Gipfel in Indien schließlich für Erleichterungen bei digitalen Handelsdokumenten ausgesprochen.

Diversifizierung von Lieferketten

Geopolitische Spannungen und außenwirtschaftliche Herausforderungen haben die Diversifizierung der internationalen Lieferketten weit oben auf die Agenda der deutschen Wirtschaft gesetzt. IHKs und AHKs haben mit gemeinsamen Umfragen die Herausforderungen, vor denen die Unternehmen bei der Diversifizierung stehen, ermittelt und politische Vorhaben begleitet. Daneben wurden Angebote zur Unterstützung für deutsche Unternehmen im In- und Ausland ausgeweitet. Dazu zählte insbesondere die Durchführung von Webinaren zu alternativen Märkten und Delegationsreisen – etwa zum World Chambers Congress in



DIHK-Handelsexperte Klemens Kober (Mitte) moderiert im November 2023 in der Brüsseler Vertretung des Freistaates Bayern eine spannende Diskussion über die Zukunft der EU-Handelspolitik mit Reinhard Bütikofer, MdEP, Samina Sultan, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Sabine Weyand, EU-Generaldirektorin Handel, und Christian Mandel, WKÖ (v.l.n.r.).

Genf und nach Zentralasien – sowie die verstärkte Platzierung des Themas auf Messen, Konferenzen und in Workshops wie bei den Außenwirtschaftstagen des BMWK, der „Compact with Africa“-Konferenz, der Hannover Messe oder der AHK-Weltkonferenz.

„G20 Investment Summit 2023 – German Business and the CwA Countries“

Im November 2023 fand die größte deutsch-afrikanische Wirtschaftskonferenz auf deutschem Boden statt: Rund 1.000 Gäste nahmen am von der Subsahara-Afrika-Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) ausgerichteten vierten „G20 Investment Summit 2023 – German Business and the CwA Countries“ in Berlin teil. Zu ihnen gehörten neben Bundeskanzler Olaf Scholz und Vizekanzler Robert Habeck zehn afrikanische Staats- und Regierungschefs sowie rund 30 Minister unseres Nachbarkontinentes. Sie wurden von über 300 Delegierten aus Wirtschaft und Politik begleitet, die sich am Nachmittag mit Vertretern der deutschen Wirtschaft austauschten. Auch viele AHK-Kollegen der AHK-Standorte Afrikas diskutierten wichtige wirtschaftlich relevante Aspekte der Afrika-Politik.



CwA-Konferenz in Berlin im JW-Marriot-Hotel im November 2023: Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Antonin Finkelnburg, Hauptgeschäftsführer BGA e.V., Sabine Dall'Omo, Vorsitzende des Afrika-Vereins und CEO Subsahara-Afrika, Siemens AG, Olaf Scholz, Bundeskanzler, Heike Bergmann, SVP Afrika-Vertrieb, Voith Hydro Holding GmbH & Co.KG, Thomas Schaefer, Vorsitzender der Subsahara-Afrika-Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer (v.l.n.r.).

Delegationsreise nach Zentralasien

Unter dem Stichwort Diversifizierung führte die DIHK unter der Leitung von DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier eine hochrangige Delegationsreise nach Zentralasien durch. Begleitet von Führungspersönlichkeiten von über 30 Unternehmen, sieben IHK-Hauptgeschäftsführern und dem IHK-Präsidenten sowie Vertretern der Bundesministerien reiste die Delegation im September nach Kasachstan und Usbekistan. Vor Ort nahm sie politische Termine wahr, besuchte deutsche Firmen und richtete gemeinsam mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien zwei Wirtschaftstage in beiden Ländern aus. Die starke Resonanz beider Konferenzen sowie die zahlreichen Austausche mit hochrangigen Regierungsmitgliedern unterstreichen das wachsende Interesse auf beiden Seiten, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auszubauen.

Außenwirtschaftsrecht: Unterstützung und Einflussnahme in Sanktionsfragen

Auch 2023 unterstützte die DIHK die Unternehmen aktiv im Umgang mit den EU-Sanktionen gegen Russland und klärte wichtige Fragen bezüglich der Sanktionen mit Politik und Behörden, beispielsweise zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen sowie zum Ursprungsnachweis bei Importen von Eisen- und Stahlerzeugnissen aus Drittstaaten.

Bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Sanktionsumgehungen setzte sich die DIHK im Dialog mit der Politik dafür ein, dass diese möglichst bürokratiearm und so ausgestaltet werden, dass sie den legalen Handel mit Drittstaaten nicht zu stark einschränken. Beim 11. Sanktionspaket wirkte die DIHK drauf hin, dass von der ursprünglich vorgesehenen Leistung konkreter „Umgehungsländer“ im Russland-Embargo Abstand genommen wurde – diese hätte eine deutliche Hürde für den internationalen Handel und die notwendigen Diversifizierungsmaßnahmen darstellen können. Zudem verdeutlichte die DIHK gegenüber der Bundesregierung, dass Over-Compliance beim Zoll sowie die überlangen Verfahrensdauern für Genehmigungsanträge beim Bundesamt für Wirtschaft und



Briefing der Delegation mit Thilo Klinner, dem deutschen Botschafter in Usbekistan, in Taschkent. Prof. Norbert Aust, HK Hamburg, Gerlind Heckmann, BMWK, Thilo Klinner, Deutsche Botschaft, Volker Treier, DIHK, Hovsep Voskanyan, Delegation der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien (v.l.n.r.).

Ausfuhrkontrolle (BAFA) einen Wettbewerbsnachteil für den deutschen Wirtschaftsstandort darstellen. Die DIHK forderte eine Beschleunigung der Antragsbearbeitung durch das BAFA und mehr Transparenz bei der Hochleitung von BAFA-Anfragen in den interministeriellen Ausschuss.

Nachbesserungsbedarf bei EU-Zollreform

Im Verlauf des Jahres engagierte sich die DIHK intensiv für die Interessen der deutschen Unternehmen im Rahmen der europäischen Zollreform. Angesichts der stetig wachsenden Herausforderungen im Bereich der Zollabfertigung durch

gestiegene Sendungszahlen und zusätzliche Vorschriften sieht die DIHK dringenden Handlungsbedarf, bürokratische Hürden im internationalen Warenhandel zu reduzieren. Ein Hauptaugenmerk der Arbeit der DIHK lag auf der Erstellung und Veröffentlichung einer umfassenden Stellungnahme zum vorgelegten Reformvorschlag der EU-Kommission. In Gesprächen in Berlin und Brüssel legte die DIHK den Fokus auf eine praxisorientierte Vereinfachung bestehender komplexer Zollvorschriften, die insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen von hoher Bedeutung wäre. Darüber hinaus war der intensive Einsatz für die weitere Digitalisierung der Zollverfahren ein wichtiger Aspekt der Arbeit der DIHK.

eCarnet: Erste Pilotprojekte zum „eCarnet“ mit ausgewählten deutschen Zollstellen

Auch 2023 hat die DIHK den Digitalisierungsprozess im Carnet-Zollverfahren weiter vorangetrieben. Mittlerweile ist die elektronische Carnet-Antragstellung in 67 IHKs Standard. Das deutlich verschlankte elektronische Verfahren ist ein großer Schritt hin zur Digitalisierung des Prozesses und eine erhebliche Erleichterung für Unternehmen, die Waren nur vorübergehend ins außereuropäische Ausland verbringen möchten. So muss der Antrag nicht mehr persönlich während der Service-Zeiten oder postalisch zur IHK gebracht werden, sondern er lässt sich bequem, ortsunabhängig, zeit- und kostensparend per Mausclick versenden. Ein weiterer großer Vorteil: Das elektronisch beantragte Carnet wird von der IHK ausgedruckt, sodass die Antragstellerin beziehungsweise der Antragsteller weder einen Drucker benötigt noch Formular-Vordrucke aus dem Fachverlag organisieren und vorhalten muss.

In Hinblick auf das volldigitale Carnet konnte ein weiterer großer Schritt bewältigt werden: Die deutsche Generalzolldirektion hat im Februar 2023 dem ICC-Pilotprojekt eCarnet zugestimmt. Das volldigitale Carnet wird an ausgewählten Zollstellen in Deutschland mit ausgewählten Zollstellen in anderen Pilotländern getestet. Mit ihm sollen zukünftig auch weitere Schritte der Vergangenheit angehören. Ausreichen soll dann für den Export lediglich ein QR-Code, der vom Zoll elektronisch abgelesen wird – ganz ohne Papier.

Die DIHK hat den Digitalisierungsprozess und die Abstimmung der IHKs mit der IHK Digital GmbH von Beginn an begleitet sowie die Generalzolldirektion in ihrem Entscheidungsprozess für den ICC-Piloten unterstützt.

Ben Butters, CEO von Eurochambres, Ian Talbot, CEO der irischen Handelskammer, Sibylle Thierer, deutsche Eurochambres Vize-Präsidentin, und Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef, beim World Chambers Congress (v.l.n.r.).

World Chambers Congress in Genf

Im Juni fand in Genf der 13. World Chambers Congress statt, bei dem sich weltweite Kammervverbände mit Stakeholdern aus Wirtschaft und Politik unter dem Motto „Achieving peace and prosperity through multilateralism“ trafen, mitei-

einander diskutierten und vernetzten. Sibylle Thierer, deutsche Vizepräsidentin von Eurochambres, diskutierte auf einem Panel zu „De-globalization or De-risking?“ mit Ben Butters, CEO von Eurochambres, und Ian Talbot, CEO der Chambers Ireland, über Strategien für die Zukunft globaler Wertschöpfungsketten in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten.



Eröffnung der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Côte d'Ivoire

Am 26. Juni 2023 wurde die Delegation der Deutschen Wirtschaft in Côte d'Ivoire für das frankophone Westafrika eröffnet. Mit einer Delegation deutscher Unternehmens- und Institutionsvertreter sowie Mitgliedern des Bundestages begingen DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben und Staatssekretärin Anja Hajduk den feierlichen Anlass. Ein Austausch mit deutschen Unternehmensvertretern, etwa aus den Bereichen des Erdstraßenbaus, der medizinischen Testproduktion sowie der Wasser- und Energieinfrastruktur, rundete die Eröffnung ab.

Afrika als Chancenmarkt: Von Gesundheits- bis Ernährungswirtschaft

Viele deutsche Unternehmen interessieren sich für den Eintritt in die afrikanischen Wirtschaftsmärkte. Das IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) unterstützt sie dabei, Informationen zu gewinnen und sich mit bereits erfolgreichen Akteuren zu vernetzen. Konkret wurde 2023 über Marktchancen etwa für den Gesundheitssektor oder – gemeinsam mit der AHK Ägypten – über den Einstieg im Bereich Ernährung und Landwirtschaft beraten. Darüber hinaus hat INA digitale Beratungsprodukte veröffentlicht, wie die IHK-Afrika-Ansprechpartnerkarte und das Beratungstool „Passt Afrika zu meinem Unternehmen?“. Sie sollen den Unternehmen helfen, das Potenzial des afrikanischen Marktes für ihr Unternehmen zu ermitteln und den passenden Ansprechpartner bei der jeweiligen lokalen IHK zu finden.

GTAI-Geschäftsführerin Julia Braune, Delegierte der deutschen Wirtschaft in Côte d'Ivoire Natalie Kolbe, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, Andreas Mattfeldt, MdB, Staatssekretärin Anja Hayduk, Bereichsleiter AHK-Netz Benjamin Leipold, Stefan Rouenhoff, MdB, und Monika Beck, Mitglied der Geschäftsführung der DEG, im Juni 2023 (v.l.n.r.).

Alassane Ouattara, Staatspräsident der Côte d'Ivoire, und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben im November 2023 (v.l.n.r.)





Bundeskanzler Olaf Scholz trifft auf der größten deutsch-afrikanischen Wirtschaftskonferenz, dem G20-Investitionsgipfel Afrika, auf mehrere Staats- und Regierungschefs. Hier im Bild: Macky Sall, Präsident der Republik Senegal.

Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Westbalkan

Das Kammer- und Verbandspartnerschaftsprojekt Westbalkan (KVP) wird seit November 2019 von der Deutschen Industrie- und Handelskammer umgesetzt. Ziel dieses Projekts ist es, die sechs nationalen Handelskammern der Westbalkanländer sowie deren überregionalen Dachverband beim Aufbau nachhaltiger Beziehungen zur regionalen

Wirtschaft zu unterstützen. Das KVP unterstützt die Partnerkammern darin, sich selbst und ihr Netzwerk zu stärken. Das KVP unterstützte die beteiligten Kammern in diesem Jahr dabei, Angebote für ihre Mitgliedsunternehmen zu entwickeln, um diese bei der Energiewende zu beraten. Hierzu gehört die Entwicklung eines Leitfadens zur Umsetzung der CBAM-Regelungen. Gleichzeitig arbeiten die Kammern an einem Leitfaden zur Umsetzung der EU-Abfallrichtlinie, um den Weg zur Kreislaufwirtschaft in der Region zu ebnen.

Verabschiedung des Geschäftsführers der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer

Ende Februar 2023 sind DIHK-Präsident Peter Adrian und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben anlässlich der Verabschiedung von Grisha Alroi-Arloser als Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer (AHK Israel) nach Israel geflogen.

Im Rahmen des Besuches fanden unter anderem Treffen zu den Themen Cyber Security, Energie und Wasserstoff sowie ein Austausch mit lokalen Tech-Scouts deutscher Unternehmen in Israel statt.

Sitzung des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses in Düsseldorf

Die jüngste Sitzung des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses im September 2023 war eingebettet in den Außenwirtschaftstag NRW in Düsseldorf. In der Sitzung ging es unter anderem um einen besseren Umgang mit unternehmerischen Risiken. Beim Austausch mit Chunguo Du, dem Generalkonsul der Volksrepublik China für Nordrhein-Westfalen, wurden die Perspektiven mit Deutschlands größtem Handelspartner, der VR China, beleuchtet und kritisch hinterfragt.

Rechts: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck wirbt in Anwesenheit des brasilianischen Präsidenten Lula de Silva im Haus der Deutschen Wirtschaft für engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.





DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben reist im April 2023 mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und einer Delegation des BMWK im Zug nach Kiew.

Viele Entscheidungen, von denen die deutschen Unternehmen direkt betroffen sind, werden in Brüssel getroffen. Freya Lemcke leitet die DIHK-Vertretung bei der Europäischen Union und bringt die Interessen der deutschen Wirtschaft ein.



全球工商法治大会

Global Business and Law Conference

全球经济复苏与国际法治保障

Global Economic Recovery and International Rule of Law Guarantee



主办单位：中国国际贸易促进委员会
Hosted by: China Council for the Promotion of International Trade

2023年9月22日-23日
September 22-23, 2023

中国·北京
Beijing, China

DIHK-Chefjustiziar Stephan Wernicke (3.v.l.) als Sprecher bei der ersten Global Business and Law Conference des China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT). Ziel der hochrangig besetzten Konferenz war unter anderem die Stärkung des rechtsstaatlichen Austausches mit der Volksrepublik China.



Recht

11. GWB-Novelle: Politisierung des Kartellrechts

Ein „Kartellrecht mit Klauen und Zähnen“ hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im Frühjahr 2022 gefordert. Daraus entstand 2023 im Rahmen der 11. GWB-Novelle eine Regelung, die vielfach als Paradigmenwechsel in der Wettbewerbspolitik bewertet wird.

Das Bundeskartellamt (BKartA) kann zukünftig im Anschluss an eine Sektoruntersuchung und nach Feststellung einer nicht definierten „erheblichen und fortwährenden Störung des Wettbewerbs“ weitreichende Abhilfemaßnahmen gegen einzelne Unternehmen einer Branche vornehmen – ohne dass die betroffenen Unternehmen in irgendeiner Form rechtswidrig gehandelt hätten.

Ungeachtet der heftigen Kritik aus der gesamten Wirtschaft, die auch die DIHK im Rahmen der Sachverständigenanhörung zum Ausdruck brachte, hat damit der Bundestag erstmals sein Vorrecht, auf strukturelle Wettbewerbsmissstände per Gesetz zu reagieren, einer Behörde übertragen.

DIHK erreicht Verbesserungen am „Whistleblower-Gesetz“

Das Hinweisgeberschutzgesetz verpflichtet Unternehmen ab 50 Beschäftigten, eine interne Meldestelle einzurichten. Mitarbeiter können so auf eventuelle Rechtsverstöße aufmerksam machen. Im Zuge des langwierigen Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung der EU-Whistleblowing-Richtlinie war die DIHK mehrfach als Experte bei den beiden Anhörungen im Bundestags-Rechtsausschuss gefragt. Zudem hat sich die DIHK-Organisation über die Länder beim Bundesrat für wirtschaftsfreundlichere Änderungen eingesetzt. In diesem Zusammenspiel konnten wesentliche Verbesserungen insbesondere zugunsten kleinerer Unternehmen erreicht werden:

Dazu gehört, dass auf eine Pflicht zur Errichtung anonymer Meldekanäle mit Kommunikationsmöglichkeit verzichtet und die Priorität des internen Meldewegs aufgenommen wurde. Für eine Übergangszeit werden auch keine Bußgelder verhängt. Jetzt gilt es für Unternehmen, ihr Whistleblowing-System so auszugestalten, dass es zur unternehmensinternen Lösung von Problemen genutzt werden kann und eine missbräuchliche Verwendung unterbleibt.

Verbandsklagenrichtlinie umgesetzt: DIHK an Gesetzgebungsverfahren beteiligt

Nach zähem Ringen innerhalb der Regierungskoalition hat der Bundestag die EU-Verbandsklagenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Das sogenannte Verbraucherrechtsetzungsgesetz (VDuG) sieht dafür eine gänzlich neue Klageart vor: die kollektive Abhilfeklage von Verbraucherverbänden gegen Unternehmen. Die DIHK hat sich in Abstimmung mit 13 weiteren Wirtschaftsverbänden intensiv mittels Stellungnahmen, Diskussionsveranstaltungen und in der Anhörung im Rechtsausschuss in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. So konnte insbesondere verhindert werden, ein „opt-out“ nach angloamerikanischem Class-Action-Vorbild einzuführen: Jedermann muss wissen, ob in seinem Namen geklagt wird. Außerdem wurde erreicht, dass die Prozessfinanzierung durch Dritte in Kollektivklagen für alle Beteiligten fair und transparent wird und eine „Gewinnbeteiligung“ der Höhe nach begrenzt wird, damit Recht nicht zu einem Investitionsobjekt wird.

Recht, Investitionsschutz und freier Handel

Im internationalen Recht werden Tendenzen spürbar, etablierte Schutzmechanismen für Unternehmen abzubauen. Die meisten Investitionsschutzverträge innerhalb der EU wurden 2023 beendet, auch der Energy Charter Treaty



Veranstaltung im April 2023: „EU-Verbandsklagerichtlinie – Umsetzung in deutsches Recht“; es spricht unter anderem DIHK-Chefjustiziar Prof. Stephan Wernicke.

wurde gekündigt. In neuen und geplanten internationalen Handelsverträgen der EU fehlen zunehmend Kapitel zum Investitionsschutz. Das gesamte Feld ist im Umbruch. Die DIHK war daher im internationalen und im europäischen präsent, um im Dialog mit den Regierungen für das Anliegen der Unternehmen zu werben, auch im internationalen Handel angemessenen Rechtsschutz sicherzustellen, der nicht allein auf lokalen Gerichten beruht.



Grund zum Jubeln: Peter Adrian (l.)
verleiht im November 2023 in Düsseldorf den
Deutschen Nachhaltigkeitspreis unter anderem
an die Ökostromversorger Bürgerwerke eG.

Energie, Umwelt, Klima

AHK-Weltkonferenz verdeutlicht weltweiten Bedarf an Wasserstoff

Nach einer Keynote des norwegischen Wirtschaftsministers Jan Christian Vestre wurde im Rahmen der AHK-Weltkonferenz darüber diskutiert, wer den Hoffnungsträger Wasserstoff liefern kann und welche Infrastruktur hierfür erforderlich ist. Deutschland ist zur Deckung seines Bedarfs an Wasserstoff auf Importe angewiesen. Daher müssen die EU, aber auch die Bundesregierung entsprechende Abkommen mit potenziellen Lieferländern verhandeln. Die Diskussionsrunden verdeutlichen, dass bereits heute viele Länder auf das Ziel des Exports von Wasserstoff hinarbeiten. Es mangelt allerdings noch an Transportinfrastruktur, die nun sukzessive aufgebaut werden muss.

Betriebe brauchen zügig Klarheit über die Wasserstoffinfrastruktur und -verfügbarkeit

Im Rahmen der Webinarreihe „H2 Connect 2.0“, an der rund 1.000 Unternehmen teilgenommen haben, wurde über die Herausforderungen diskutiert, die sich im Zusammenhang mit dem Markthochlauf von Wasserstoff ergeben. Dabei haben sich die Teilnehmer über den tatsächlichen Bedarf in Deutschland, die potenziellen Lieferländer, den Aufbau der Infrastruktur, die Möglichkeit einer dezentralen Erzeugung sowie über die auf Bundes- und europäischer Ebene verfügbaren Förderprogramme ausgetauscht. Die Reihe endete mit einer politischen Debatte unter Beteiligung vor allem der Bundestagsabgeordneten Till Mansmann und Andreas Rimkus im Dezember, die vom stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks moderiert wurde. In ihr wurde gegenüber der Bundespolitik deutlich gemacht, mit welchen Hindernissen die Unternehmen konfrontiert sind.

Energieeffizienzgesetz: bis 2030 „Österreich und Schweden“ einsparen

Knapp 680 TWh Endenergie muss die Bundesrepublik Deutschland bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2008 einsparen – so will es das neue Energieeffizienzgesetz. Das entspricht in etwa dem Jahresverbrauch von Österreich und Schweden zusammen. Zwar hat der Gesetzgeber auf Drängen der DIHK kurz vor der finalen Beschlussfassung des Gesetzes klargestellt, dass damit keine Begrenzung des individuellen Verbrauchs einhergehen soll und die Ziele bei „außergewöhnlichen und unerwarteten“ konjunkturellen und Bevölkerungsentwicklungen angepasst werden können. Dennoch bleibt ein schaler Beigeschmack. Gerade über den Weg gerichtlicher Entscheidungen drohen, trotz einer weitreichenden Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftsleistung, möglicherweise doch Limitierungen der Energieverbraucher durch die Hintertür. Vom Tisch dagegen ist die anfänglich vorgesehene Umsetzungspflicht für Effizienzmaßnahmen. Für viele Unternehmen bringt das Effizienzgesetz dennoch umfangreiche neue Verpflichtungen: von der Entwicklung und Veröffentlichung sogenannter Umsetzungspläne über die Vermeidung, Reduzierung und Wiederverwendung von Abwärme sowie entsprechende Informations- und Auskunftspflichten bis hin zur Einrichtung eines Energie- oder Umweltmanagements.

Entscheidende Phase für die europäische Umweltgesetzgebung

Rund zwei Drittel der Gesetzgebung zum Green Deal sind noch nicht abgeschlossen. Besonders im Umweltbereich wird die Zeit bis zur Europawahl Anfang Juni 2024 knapp. Einige entscheidende Umweltgesetze befanden sich Ende 2023 in der kritischen Verhandlungsphase zwischen Europäischem Parlament und Rat. Dazu gehören unter anderem die Ökodesignverordnung, die

Richtlinie zum Recht auf Reparatur, die Verpackungsverordnung oder die CO₂-Emissionsstandards für Lastwagen und Busse.

Die DIHK hat sich mit zahlreichen Stellungnahmen, etwa zur Taxonomie, zur Batterieverordnung und zur CSRD, für die Interessen der gewerblichen Wirtschaft eingesetzt und in einer Vielzahl an Gesprächen mit Entscheidungsträgern für eine bürokratiearme und wettbewerbsfördernde Umsetzung geworben.

DIHK-StromPartnerschaft

Die DIHK hat in enger Zusammenarbeit mit PwC das Modell der StromPartnerschaft erarbeitet. Ziel der StromPartnerschaft ist es, durch Investitionszuschüsse und Entlastungen bei den Netzentgelten die Kosten der Strombeschaffung zu reduzieren und gleichzeitig das Energieangebot auszuweiten. Davon profitieren am Ende alle Betriebe. Die Idee der Investitionszuschüsse wurden von der Politik im Rahmen des Wachstumsschancengesetzes aufgegriffen, allerdings forderte dann zum Jahresende die Haushaltskrise der Bundesregierung erhebliche Einsparungen von allen Beteiligten. StromPartnerschaft bleibt in jedem Fall weiterhin auf der politischen Agenda. Sie hat die Perspektive einer reinen Betriebskostenförderung um die einer Investitionskostenförderung im Klimaschutz erweitert. Ebenfalls aufgegriffen wurde das Thema Netzentgelte, welches insbesondere 2024 im Fokus der politischen Diskussion stehen wird. Auch hier steigen die Anreize für StromPartnerschaften, je stärker Erzeugung und Verbrauch regional zusammenhängen.

DIHK-Perspektiven für die Energieversorgung 2030 in Deutschland

In einem DIHK-Positionspapier zur zukünftigen Ausgestaltung der Energiepolitik wurden zehn Essentials für eine sichere Energieversorgung 2030 mit den IHKs ausgearbeitet. Darin wurden zentrale Empfehlungen der DIHK zur

Energie- und Klimapolitik sowie zur Entlastung bei den Strompreisen bestätigt und medienwirksam kommuniziert. Darüber hinaus wurden neue Positionen etwa zu CCS (Carbon Capture and Storage – Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid) entwickelt, die von der Breite der Wirtschaft getragen werden.

Unternehmen diskutieren in Brüssel über die europäische Industrie-, Energie- & Umweltpolitik

Der Dialog zwischen Unternehmen und Entscheidungsträgern gibt hilfreiche Einblicke in die betriebliche Praxis – und verdeutlicht, wie sich politisches Handeln dort niederschlägt. Die DIHK-Ausschüsse Industrie und Forschung sowie Umwelt und Energie haben sich im Herbst 2023 zu einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel getroffen, um aktuelle Themen der Industrie-, Energie- und Umweltpolitik zu diskutieren. Die EU-Kommissionsvertreterinnen Kerstin Jorna (GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU), Florika Fink-Hooijer (GD Umwelt) und Anne Weidenbach (Kabinett der Energiekommissarin Simson) gaben Einblicke in aktuelle Kommissionsthemen wie z.B. den Net-Zero-Industry-Act, die PFAS-Regulierung oder die Energieversorgung. Die Navigation durch den immer komplexer werdenden europäischen Regierungsapparat wird mehr und mehr zur Herausforderung für die Unternehmen, sodass der konsequente Abbau von Bürokratie stärker in den Fokus der EU-Institutionen rücken sollte.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis verliehen

Mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis (DNP) werden wegweisende Beiträge zur Transformation in eine nachhaltige Zukunft ausgezeichnet. Der Preis zeigt an den besten Beispielen, wie ökologischer und sozialer Fortschritt schneller gelingen kann. Er will zum Wandel motivieren, über Grenzen hinweg vernetzen und Partnerschaften anregen. Als „Vorreiter der Transformation in der deutschen Wirtschaft“ hat die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis gemeinsam mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer und weiteren Partnern am 23. November in Düsseldorf insgesamt 100



Florika Fink-Hooijer, GD Umwelt, Christof Günther, InfraLeuna GmbH und Vorsitzender des Umwelt- und Energieausschusses, Susanne Szczesny-Oßing, EWM GmbH und Vorsitzende des Ausschusses für Industrie und Forschung, Susanne Gewinnus, DIHK (v.l.n.r.).

Unternehmen geehrt und vier Sonderpreise verliehen. DIHK-Präsident Peter Adrian überreichte 24 der Auszeichnungen.

Zu den Programmpunkten des Eröffnungsplenums zählte die Debatte „Zukunft gewinnen – Perspektiven in Krisenzeiten“: Der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks, der auch der Hauptjury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises angehörte, und Rainer Kroker von

PwC Deutschland gingen der Frage nach, ob und wie Unternehmen angesichts enormer Herausforderungen und Krisen überhaupt Entscheidungen für eine nachhaltige Transformation treffen können. Zudem moderierte Dercks einen „Deep Dive“ zum Thema „Bedingt wettbewerbsfähig – Wie transformationsbereit ist Deutschland?“ mit Führungspersonal der Steeltec AG, der SCHOTT AG, des WWF Deutschland und der Miele & Cie. KG.



Sofie Geisel, Geschäftsführerin DIHK Service GmbH, moderiert die Netzwerkveranstaltung „Wasserstoff für den Mittelstand – Praxisbeispiele aus der energieintensiven Industrie“ im Oktober 2023 im Klimahafen Gelsenkirchen.

Energy Scouts reduzieren Energieverbräuche und mindern Umwelteinflüsse

Hohe Energie- und Rohstoffkosten sowie eine zunehmend den Nachhaltigkeitszielen verpflichtete Betrachtung der Lieferketten haben die Energieeffizienz weiter in den Fokus der europäischen Unternehmen gerückt. Gemeinsam mit den AHKs in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Bulgarien und Griechenland qualifizierte das Projekt Young Energy Europe der DIHK Service GmbH im Jahr 2023 über 300 junge Fachkräfte zu Energy Scouts. Diese identifizieren Effizienzpotenziale und konzipieren maßgeschneiderte Praxisprojekte zur Senkung von Energiekosten für ihre Betriebe. Zwei von drei Praxisprojekten wurden binnen neun Monaten umgesetzt. Durchschnittlich spart ein Energy Scout im Unternehmen 88 MWh Strom und 53 t CO₂ pro Jahr.

Chambers for GreenTech vernetzt Wissen über „Grünen Wasserstoff“

Ende November 2023 organisierte Chambers for GreenTech (DIHK Service GmbH) ein Networking- und Weiterbildungstreffen für AHKs mit Projekten im Bereich „Grüner Wasserstoff zur netzfernen Anwendung“ in Berlin. Die Vertreter der AHKs aus Neuseeland, Chile, Thailand, Ghana, Rio de Janeiro und den Philippinen trafen sich mit deutschen Partnern wie der NOW GmbH und dem BMUV zum Erfahrungsaustausch. Ziel der Veranstaltung war es nicht nur, die Zusammenarbeit im AHK-Netzwerk zu stärken, sondern auch die fachlichen Kompetenzen in den Kammern weiter auszubauen.

Unternehmen für Biodiversität ausgezeichnet

Schwerpunkt war das Angebot, regionale Biodiversitätsbündnisse zu gründen. Im November 2023 gab es mit dem Werkstattgespräch „Auf dem Weg zu einem Berliner Bündnis für Biodiversität?“ den ersten großen Schritt zu einem solchen Netzwerk gemeinsam mit der IHK Berlin. Beim Wettbewerb „Die Lieferkette lebt“ wurden drei KMU von Bundesumweltministerin Steffi Lemke für besonderes Engagement für Biodiversität in der Lieferkette ausgezeichnet.



Auf Theorie folgt die praktische Anwendung: Die polnischen Energy Scouts von Imperial Tobacco Polska analysieren Energieverbräuche in ihrem Betrieb. Mit ihrem Praxisprojekt reduzierte das Team den Druckluftverbrauch an den Verpackungsmaschinen und sparte 677 MWh Strom und 473 t CO₂ pro Jahr. Eine Investition, die sich für den Betrieb bereits nach 16 Tagen rentierte.



Auf dem UBi-Dialogforum, der nationalen Konferenz zu Biodiversität und Wirtschaft in Berlin, stellen Eva Baumgärtner und Valentin Franklyn ihr Vorhaben vor, regionale Bündnisse zur Förderung der Biodiversität zu gründen.

Industrie vor Ort unterstützen: Service- und Beratungsstelle für regionale Industrieinitiativen

Seit Januar 2021 agiert die Service- und Beratungsstelle der DIHK Service GmbH als zentrale Anlaufstelle für Industrieinitiativen, die sich in ihrer Region für Akzeptanz von Industrie einsetzen. Die Servicestelle hat ein Netzwerk aus 93 Initiativen aufgebaut, von denen zwei Drittel in Kooperation mit IHKs oder auf deren Initiative entstanden sind. Das Projektteam organisierte Fachveranstaltungen, vernetzte Akteure aus der Industrie bundesweit und informierte über Zukunftsthemen. Höhepunkt 2023 war das Industrieforum, bei dem u. a. Achim

Dercks und Staatssekretär Udo Philipp vor etwa 170 Teilnehmern diskutierten, wie Deutschland und die Europäische Union energiepolitisch resilienter werden können und welche Weichen für einen beschleunigten Ausbau der Produktionskapazitäten von Netto-Null-Technologien gestellt werden müssen.

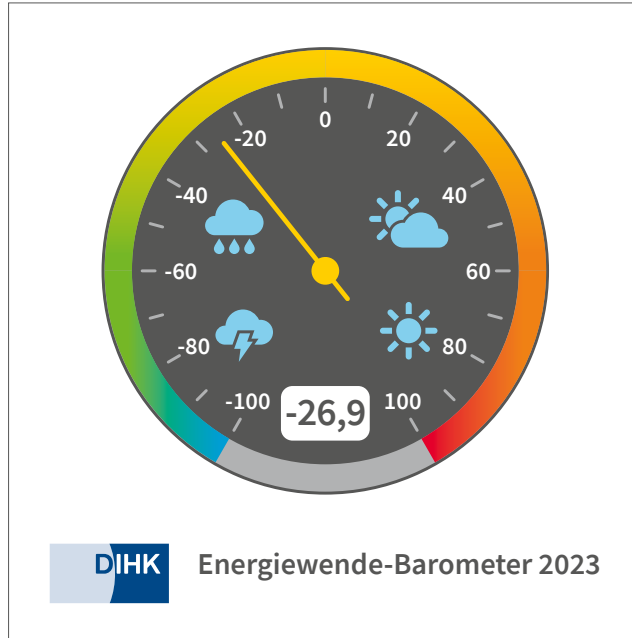
Die afrikanische Energiewirtschaft klimafreundlicher gestalten

Mehr als nur grüner Wasserstoff: Im September veranstaltete das IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) in Kooperation mit der IHK für Rheinhessen und der IHK Pfalz das digitale



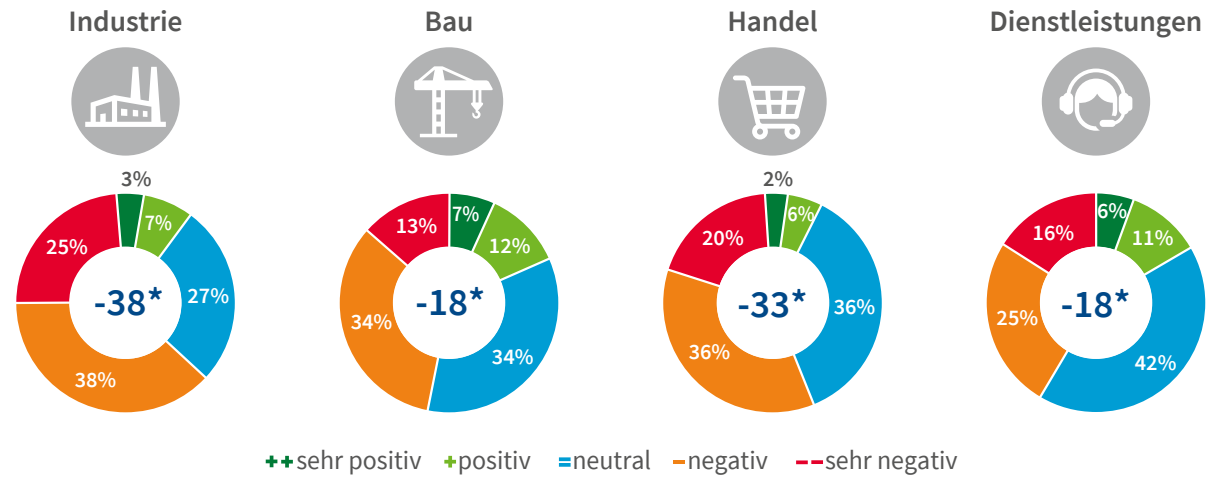
Messe Intersolar Europe 2023 in München: Thando Sililo, Projektleiter INA, Sabrina Abdelatif, ehemalige Projektreferentin INA, Nicolas Commeignes, Geschäftsstelle Exportinitiative Energie (v.l.n.r.).

IHK-Regionalforum Afrika zum Thema Wasserstoffprojekte in Afrika. Über 80 Unternehmensvertreter tauschten sich über Chancen und Erfolge deutscher Unternehmen im afrikanischen Wasserstoffsektor aus. Im März veranstaltete INA ein Webinar zum Thema „Mehr als nur grüner Wasserstoff“, bei dem es um die Potenziale erneuerbarer Energien in Afrika für deutsche Unternehmen ging. Um Afrika als Diversifizierungsmarkt für Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien voranzubringen, war INA auf der Intersolar in München, der Fachmesse für Solarwirtschaft, und der Energiemesse Husum Wind vertreten und konnte Unternehmen direkt zu dem Potenzial von Geschäftsbeziehungen mit Afrika beraten.



Die Ergebnisse des Energiewende-Barometers sind 2023 historisch schlecht. Noch nie seit seinem Bestehen bewerten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende derart kritisch.

2023: Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?



* Barometerwert, alle weiteren Angaben in Prozent

In der zeitlichen Betrachtung ist ein Negativtrend quer durch alle Branchen zu erkennen. Die Industrieunternehmen sorgen sich besonders um ihre Wettbewerbsfähigkeit, aber auch der Handel steht der Energiewende in Deutschland skeptisch gegenüber.



IHK-Energiewende-Barometer: Firmen fordern mehr Hilfe

WELT, 29. August 2023

Umfrage: Deutsche Firmen zweifeln am Erfolg der Energiewende

Handelsblatt, 29. August 2023

Mehr deutsche Firmen fürchten die Energiewende

SPIEGEL, 29. August 2023



Wie fördern wir den Gestaltungswillen der jungen Generation?



Tag der jungen Wirtschaft 2023 der WJD im Juni 2023: Tobias Hocke, WJD-Bundesvorsitzender, Denise Schurzmann, WJD-Ehrenpräsidentin, Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer (v.l.n.r.).

Wirtschaftsjunioren Deutschland: mutig handeln!

Im Juni trafen sich auf Einladung der Wirtschaftsjunioren rund 400 junge Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin zum Tag der jungen Wirtschaft. Unter dem Motto „mutig handeln!“ gab das Format dem Gestaltungswillen und der Innovationskraft der jungen Generation eine Bühne. Als erster gemischter Wirtschaftsverband überraschten die WJD dabei mit einem Line-up, das im Hauptprogramm zu einhundert Prozent mit Frauen besetzt war. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch ein virtuelles Grußwort von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Das neue Zukunftsbarometer der WJD

Veröffentlicht wurden zum Tag der jungen Wirtschaft auch die Ergebnisse des neuen „Zukunftsbarometers“ der WJD als Indikator für den Optimismus der jungen Wirtschaftsgeneration. Die Ergebnisse waren alarmierend: Zwei von drei jungen Führungskräften sind pessimistisch, wenn sie an den Wirtschaftsstandort Deutschland in 20 Jahren denken. Aus den Umfrageergebnissen entstand im Sommer das WJD-Positionspapier „Ein roter Faden für den Wirtschaftsstandort Deutschland“.

4x4 unter 40 – Wirtschaftsjunioren zeichnen unternehmerischen Mut aus

Die Ergebnisse des „Zukunftsbarometers“ zeigten: Das Motto „mutig handeln!“ für den Tag der jungen Wirtschaft war die richtige Wahl. Um dem Optimismus eine Bühne zu geben, vergaben die Wirtschaftsjunioren 2023 erstmals die Auszeichnung „4x4 unter 40“: Gemeinsam mit dem SZ Institut wurden damit in den Bereichen Technologie, Nachhaltigkeit, Vielfalt und Veränderung je vier junge Menschen unter 40 Jahren für ihren unternehmerischen Mut geehrt. Zur Jury zählten neben WJD- und SZ-Vertretern auch DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller und Sara Nuru.

Der jüngste WJD-Bundesvorsitzende aller Zeiten

An der Spitze der Wirtschaftsjunioren stand im Jahr 2023 mit Tobias Hocke der jüngste Bundesvorsitzende aller Zeiten. Das Magazin „Business Insider“ ernannte den IT-Unternehmer zum „High Performer“. Den konstruktiven Austausch der WJD mit der Bundespolitik setzte Hocke nahtlos fort. Den Bundeskanzler traf er gleich mehrfach: beim Münchener Spitzengespräch der deutschen Wirtschaft, beim WJ-Kamingespräch in Potsdam und im Rahmen des Know-how-Transfers (KHT) der WJD mit Abgeordneten des Bundestages. Beim KHT gab es in diesem Jahr unter anderem Treffen mit Friedrich Merz und Kevin Kühnert. Im November vertrat Hocke gemeinsam mit zehn weiteren Mitgliedern der WJD die junge Wirtschaft in Brüssel im Rahmen des Europäischen Parlaments der Unternehmen.

Ausbildung und ökonomische Bildung im Fokus

Die WJD wurden 2023 intensiv in den Stakeholder-Prozess der neuen Initiative zur Stärkung der finanziellen Bildung von Finanzminister Christian Lindner und Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger einbezogen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Simone Rechel vertrat die WJD in diesem Dialog und engagierte sich für das Thema der finanziellen Bildung. Seit 2023 sind die WJD zudem Mitglied im Bündnis Ökonomische Bildung (BÖB).

Im November fand im BMWK die Preisverleihung zum Ausbildungs-Ass 2023 statt. Anlässlich der Wahl der besten Ausbildungsbetriebe des Jahres führten die WJD vor der Preisverleihung eine repräsentative Umfrage durch: Ziel war es zu erfahren, wie die „Generation Z“ für eine duale Berufsausbildung begeistert werden kann. Über die Studienergebnisse gab es eine breite bundesweite Berichterstattung von BILD bis ZDF. Der Bundesvorsitzende Tobias Hocke ordnete die Studienergebnisse in zwei SWR-Radiointerviews ein.

Neue Geschäftsführerin in der WJD-Bundesgeschäftsstelle

Neue Geschäftsführerin der WJD ist seit dem September Ann-Catrin Gras. Sie folgt auf Laura Jorde, die in der DIHK seither Co-Leiterin des Bereichs Ausbildung ist. Jorde wurde in Anerkennung ihrer Leistungen vom Magazin „Business Insider“ unter die 25 „Zukunftsmacherinnen 2023“ gewählt.



Die neue WJD-Bundesgeschäftsführerin Ann-Catrin Gras bei der Preisverleihung zum Ausbildungs-Ass 2023.

DIHK-Finanzen im Jahr 2023

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e. V. war bis zum 31. Dezember 2022 als privatrechtlicher Verein organisiert. Gem. § 13c des IHKG wurde der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e.V. mit Wirkung zum 1. Januar 2023 durch einen Formwechsel in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Namen Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) umgewandelt.

Die DIHK stellt freiwillig einen Jahres- und Konzernabschluss nach dem Handelsgesetzbuch auf. Mitglieder der DIHK sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland. Darüber hinaus können Deutsche Auslandshandelskammern die außerordentliche Mitgliedschaft ohne Stimmrecht und Beitragspflicht bei der DIHK beantragen. Alle von der DIHK koordinierten AHKs haben von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Zum Einzelabschluss der DIHK gehören die von den IHKs finanzierte Wirtschaftsplan-GuV für das Kerngeschäft in Berlin und Brüssel sowie die Wirtschaftspläne von 21 Auslandsbüros – den Delegationen und Repräsentanzen (Del/Rep) der Deutschen Wirtschaft. Diese Büros sind im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für deutsche Unternehmen hauptsächlich in Asien, im Vorderen Orient, in der Russischen Föderation, in Afrika und in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas tätig. Hinzu kommen gemeinsame Projekte der IHK-Organisation. Nicht in der Bilanz erfasst sind hingegen die rechtlich selbständigen Auslandshandelskammern (AHK).

Die DIHK ist Alleingesellschafterin der DIHK Service GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Projekten), der DIHK DEinternational GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Steuerung der inzwischen 16 DEinternational-Vertriebsgesellschaften der Del/Rep) sowie der DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der

IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn. Außerdem ist die DIHK an weiteren Gesellschaften als Minderheitsgesellschafter beteiligt, so an der IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund, und an der sequa gGmbH, Bonn.

2023 haben sich die vorbereiteten neuen internen Regelungen für die Rechtsform der KdöR bewährt. Mit der erfolgreichen Umwandlung war die DIHK in der Lage, ihren Schwerpunkt wieder klar auf die Wirtschaftspolitik zur Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft in Zeiten großer Herausforderungen zu legen.

Nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeit der DIHK war die angespannten Haushaltslage des Bundes infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der daraus resultierenden verspäteten Verabschiedung sowie Kürzungsnotwendigkeit im Bundeshaushalt 2024. Konkrete Auswirkungen gibt es durch Kürzungen der Bundeszuwendungen beim Projekt AHK Digital und Unsicherheiten bei der Weiterfinanzierung verschiedener Projekte der DIHK Service GmbH.

Zur Bilanz 2023

Anlagevermögen und Umlaufvermögen

Im Saldo stieg das Anlagevermögen der DIHK um rd. 1,8 Mio. EUR auf rd. 159,6 Mio. EUR. Davon entfallen rd. 135,5 Mio. EUR auf das Finanzanlagevermögen – im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um rd. 2,4 Mio. EUR. Die Finanzanlagen verändern sich im Wesentlichen durch die mit Beschluss des geschäftsführenden Präsidiums vom 15. November 2023 erfolgte Einzahlung in die Kapitalrücklage der DIHK DEinternational GmbH in Höhe von 2,1 Mio. EUR. Darüber hinaus erfolgte die Anlage von liquiden Mitteln in einem Spezialfonds sowie in Fest- bzw. Termingelder zur Ausfinanzierung der Vorsorgen (0,5 Mio. EUR). Gegenläufig konnte die Anlage zur

Finanzierung der Pensionsverpflichtungen um 0,2 Mio. EUR reduziert werden. Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,7 Mio. EUR auf 24,2 Mio. EUR verringert. Investitionen in Höhe von rd. 1,1 Mio. EUR standen dabei planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR, insbesondere auf das DIHK-Gebäude (rd. 1,0 Mio. EUR), gegenüber.

Die Guthaben bei Banken enthalten zum 31. Dezember 2023 hauptsächlich kurzfristige Termingelder zur Sicherung der laufenden Liquidität. Von den insgesamt 46,8 Mio. EUR stehen lediglich rd. 31,0 Mio. EUR zur freien Verfügung. Diese freien Mittel dienen der rollierenden Vorfinanzierung der Umlagen und Beiträge sowie zur finanziellen Unterlegung der Rückstellungen und zur Finanzierung noch zu dotierender Rücklagen. Bei den verbleibenden liquiden Mitteln handelt es sich um Guthaben der Del/Rep (rd. 8,4 Mio. EUR), für den neuen Abrechnungskreis Internationale Entsandtkräfte infolge der Übernahme der Beschäftigungsverhältnisse aus dem „IHK-Verband zur Förderung der Außenwirtschaft durch das AHK-Netz“ (rd. 2,0 Mio. EUR) sowie um gebundene Projektmittel (rd. 5,4 Mio. EUR), die Verwendungsrestriktionen unterliegen.

Eigenkapital und Rückstellungen

Das bilanzielle Eigenkapital der DIHK sinkt in Höhe des Jahresfehlbetrages 2023 um 196 TEUR. Mit Neufassung der Finanzsatzung mit Wirkung zum 1. Januar 2023 wurde die Struktur des Eigenkapitals vereinfacht. Das Eigenkapital dient gemeinsam mit dem Fremdkapital der Finanzierung der vorhandenen Vermögenswerte.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sinken um rd. 0,2 Mio. EUR auf rd. 103,1 Mio. EUR. Die übrigen Rückstellungen steigen gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,8 Mio. EUR auf rd. 24,0 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert mit 1,6 Mio. EUR

aus Personalrückstellungen für die übernommenen Beschäftigungsverhältnisse aus dem „IHK-Verband zur Förderung der Außenwirtschaft durch das AHK-Netz“.

Zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die DIHK stellt jeweils für den Finanzbedarf des kommenden Jahres eine Wirtschaftsplan-GuV sowie für die nächsten fünf Geschäftsjahre eine mittelfristige Planung auf.

Die Umsatzerlöse der DIHK setzen sich aus den Grundbeiträgen und Umlagen der IHKs (rd. 51,7 Mio. EUR), aus Eigeneträgen und Bundeszuwendungen der Del/Rep und für internationale Entsandtkräfte (rd. 27,0 Mio. EUR), Entgelt für Projekte (rd. 2,2 Mio. EUR) und sonstigen Erlösen (rd. 0,3 Mio. EUR) zusammen. Im DIHK-Konzern kommen von den einbezogenen Unternehmen zusätzlich Umsatzerlöse in Höhe von rd. 56,5 Mio. EUR hinzu.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Insgesamt hat die DIHK mit Stichtag 31. Dezember 2023 unmittelbare arbeitsvertragliche Verpflichtungen für 505 Beschäftigte, einschließlich der Delegationen und Repräsentanten. Hiervon entfallen auf die DIHK in Berlin und Brüssel 264 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Rechnungsprüfungsstelle in Düsseldorf 29 und auf die Wirtschaftsjunioren in Berlin vier. Weiterhin bestehen Verpflichtungen gegenüber sieben Auszubildenden und weiteren sieben Beschäftigten im Ausbildungsring sowie vier Beschäftigten in Elternzeit bzw. ruhenden Arbeitsverhältnissen. 190 Beschäftigte der DIHK sind im Bereich der Auslandsbüros (Del/Rep) tätig. Die Tochterunternehmen im Inland und Ausland beschäftigen darüber hinaus 578 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj.: 595), davon 409 (Vj.: 432) in den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften.

Der Personalaufwand der DIHK steigt gegenüber dem Vorjahr um rd. 10,5 Mio. EUR auf rd. 47,3 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer Zunahme der Aufwendungen für Löhne und Gehälter um 10,4 Mio. EUR. Hier

wirken sich mit 7,0 Mio. EUR insbesondere die Übernahme der Beschäftigungsverhältnisse aus dem „IHK-Verband zur Förderung der Außenwirtschaft durch das AHK-Netz“ aus, die durch entsprechende Umsatzerlöse aus Zuwendungen kompensiert werden.

Gehälter Führungskräfte

Die Gehaltssumme für 41 Führungskräfte (DIHK-Hauptgeschäftsführung, DIHK-Bereichsleiter, Delegierte der deutschen Wirtschaft) beträgt 2023 insgesamt rd. 7,6 Mio. EUR. Auf den DIHK-Hauptgeschäftsführer, seinen Stellvertreter und drei weitere Mitglieder der Hauptgeschäftsführung entfallen hiervon rd. 1,4 Mio. EUR. Das Gehalt des Hauptgeschäftsführers beträgt im Jahr 2023 inklusive variabler Leistungsprämie rd. 400 TEUR.

Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen um rd. 9,1 Mio. EUR auf 32,2 Mio. EUR. Sie betreffen insbesondere Projektaufwendungen (6,1 Mio. EUR), Hausbetriebskosten (4,7 Mio. EUR), Honorare (5,8 Mio. EUR), Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen (5,3 Mio. EUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung (3,4 Mio. EUR) sowie Reisekosten (2,0 Mio. EUR).

Die Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus einem Anstieg der Honorare (+2,3 Mio. EUR) insbesondere bedingt durch die bundesweite Azubi-Kampagne, die Einrichtung des Schiedsgerichtshofs und das Projekt AHK-Risikomanagement. Hauptsächlich durch die AHK-Weltkonferenz und die Bundesbestenehrung ergaben sich höhere Aufwendungen für Veranstaltungen (+1,9 Mio. EUR). Aufgrund des gestarteten Umbaus des DIHK-Gebäudes steigen die Aufwendungen für Instandhaltung um 1,2 Mio. EUR.

Das Finanzergebnis liegt mit 137 TEUR über dem Vorjahr (-1,4 Mio. EUR). Die Zinsaufwendungen liegen mit rd. 1,9 Mio. EUR um rd. 0,3 Mio. EUR unter dem Vorjahr. Sie

resultieren im Wesentlichen aus zusätzlichen Aufzinsungsbeträgen für die Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Erträge aus den Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften DIHK Service GmbH (0,3 Mio. EUR) und DIHK DEinternational GmbH (0,9 Mio. EUR) liegen mit insgesamt 1,2 Mio. EUR um 0,8 Mio. EUR über dem Vorjahr. Das Ergebnis der DIHK DEinternational GmbH ist wesentlich beeinflusst durch den Veräußerungserlös aus dem Verkauf der Immobilie in Guangzhou. Die Ausschüttung aus dem Fonds zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen belief sich auf rd. 0,1 Mio. EUR. Beschlussgemäß erfolgte auch 2023 keine Ausschüttung aus dem Fonds.

Jahresüberschuss und Verwendung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der DIHK schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -196 TEUR (Vj. Jahresüberschuss rd. 3,1 Mio. EUR), davon DIHK-Wirtschaftsplan rd. 21 TEUR sowie Del/Rep rd. -217 TEUR, ab.

Unter Berücksichtigung der bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung beschlossenen Verwendung des Ergebnisses 2022 zum Ausgleich des Wirtschaftsplanes 2024 verbleibt ein verfügbarer Bilanzgewinn von rd. 11,1 Mio. EUR für den Bereich der Wirtschaftsplan-GuV (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 16,8 Mio. EUR) und für den Bereich Del/Rep ein Bilanzgewinn von rd. 2,6 Mio. EUR (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 2,8 Mio. EUR).

Im DIHK-Konzern ergibt sich ein Überschuss von rd. 1,0 Mio. EUR (Vj.: rd. 2,9 Mio. EUR). Hiervon entfallen insgesamt rd. 1,5 Mio. EUR auf die Ergebnisse der Tochtergesellschaften DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn, der GIC German Industry and Commerce (Taicang) Co. Ltd., Shanghai, VR China, der GIC Hongkong sowie der OOO Informationszentrum der deutschen Wirtschaft GmbH, Moskau, Russische Föderation. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften unterliegen zuwendungs- und steuerrechtlichen Verwendungsrestriktionen.

DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer

Die DIHK nimmt in Berlin und Brüssel sowie mit dem weltweit tätigen AHK/Del/Rep-Netz die Interessen der gewerblichen Wirtschaft auf Basis solider Finanzen wahr. Der DIHK-Haushaltsausschuss achtet darauf, dass die Aufgabenwahrnehmung im Einklang mit den Interessen und den finanziellen Möglichkeiten der Industrie- und Handelskammern – den Mitgliedern der DIHK – geschieht.

Die angemessene Eigenkapitalausstattung, die Bewertung von Risiken und die Entwicklung der Bilanzen werden daher regelmäßig im DIHK-Haushaltsausschuss und im Dialog mit den von der DIHK-Vollversammlung bestellten ehrenamtlichen Rechnungsprüfern beraten. DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer stützen sich dabei auf die Arbeit der DIHK-Geschäftsführung und der Wirtschaftsprüfer. Gerade mit Blick auf die vielfältigen internationalen Aktivitäten nutzt die DIHK ein detailliertes Risikomanagementsystem, das regelmäßig angepasst wird.

Neben DIHK und DIHK-Konzern spielt auch die Koordination des weltweiten Netzes der deutsch-bilateralen Auslandshandelskammern durch die DIHK in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine wichtige Rolle. Insgesamt hat das weltweite AHK/Del/Rep-Netz ein Finanzvolumen von rd. 250 Mio. EUR und rd. 2.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (jeweils einschließlich Del/Rep).



Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin – Bilanz zum 31. Dezember 2023 (DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanten, Außerplanprojekte, Registeranwendungen, Internationale Entsandtkräfte)

Aktiva				Passiva	
		31.12.23	31.12.22	31.12.23	31.12.22
		EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Sonstiges Eigenkapital	53.817.565,81
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte sowie				II. Vereinskapital	
Lizenzen an solchen Rechten		406.339,00	163.629,00	III. Kapitalrücklage	25.168.483,24
				IV. Sonstige Rücklagen	
II. Sachanlagen				1. Risikorücklage nach § 21 Abs. 4 der DIHK-Satzung	12.600.000,00
1. Grundstücke und Bauten		22.636.273,00	23.679.845,00	2. Ausgleichsrücklagen	1.100.868,33
2. Technische Anlagen und Maschinen		60.365,00	2,00	3. Reinvestitionsrücklage Gebäude	8.256.318,95
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		978.199,00	971.772,00	4. Andere Rücklagen	5.980.682,20
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		73.629,76	0,00	V. Bilanzgewinn	18.878.689,28
		23.748.466,76	24.651.619,00		72.696.255,09
III. Finanzanlagen				B. Rückstellungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		3.029.536,03	929.536,03	1. Rückstellungen für Pensionen	103.147.324,00
2. Beteiligungen		518.534,29	518.534,29	2. Steuerrückstellungen	1.901.258,00
3. Wertpapiere und liquide Mittel des Anlagevermögens				3. Sonstige Rückstellungen	22.130.014,82
zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen	103.147.324,00		103.360.282,34		127.178.596,82
zur Finanzierung zweckgebunder Rücklagen	28.482.956,23		27.937.869,48	C. Verbindlichkeiten	
4. Sonstige Ausleihungen		131.630.280,23	131.298.151,82	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.317.010,39
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		287.000,00	278.500,00	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.317.010,39;	1.086.875,74
EUR 113.500,00; Vj. EUR 204.000,00)				(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 3.111.678,39;	1.935.939,47
		135.465.350,55	133.024.722,14	Vj. EUR 1.935.939,47)	
		159.620.156,31	157.839.970,14	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.111.678,39
B. Umlaufvermögen				(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 3.111.678,39;	1.935.939,47)
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Vj. EUR 1.935.939,47)	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		830.946,34	510.446,06	3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein	650.338,23
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		938.134,40	1.064.285,15	Beteiligungsverhältnis besteht	94.730,03
				(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 650.338,23;	
3. Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern		1.326.858,31	1.024.991,31	Vj. EUR 94.730,03)	152.908,00
4. Forderungen gegen Auslandshandelskammern		947.610,56	9.120,76	4. Verbindlichkeiten gegenüber Industrie- und Handelskammern	453.381,00
5. Sonstige Vermögensgegenstände		1.185.911,87	3.163.827,85	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 152.908,00;	
		5.229.461,48	5.772.671,13	Vj. EUR 453.381,00)	3.004.207,21
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		46.771.168,45	44.705.391,82	5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.412.809,74
		52.000.629,93	50.478.062,95	(davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.971.564,28;	
				Vj. EUR 2.348.757,79)	
				(davon aus Steuern EUR 72.766,12; Vj. EUR 453.655,99)	
				(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 48.679,68;	
				Vj. EUR 38.779,50))	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.597.930,75	1.063.862,26		8.236.142,22
				D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.819.722,86
				E. Passive latente Steuern	288.000,00
		213.218.716,99	209.381.895,35		213.218.716,99
				Sonstige finanzielle Verpflichtungen	5.196.705,18
					4.633.042,79

Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin – Gewinn- und Verlustrechnung für 2023 (DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen, Internat. Entsandtkräfte)

	2023		2022	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (davon Grundbeiträge/Umlagen EUR 51.655.699,96; Vj. EUR 50.479.099,97)		81.115.229,33		66.169.327,49
2. Sonstige betriebliche Erträge (davon Erträge aus Währungsumrechnung EUR 173.450,23; Vj. 192.873,36)		1.922.249,80		2.233.960,60
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.009.566,03		1.085.304,49
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	38.450.114,41		28.060.701,17	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 3.814.963,80; Vj. EUR 4.193.285,90)	8.897.789,46		8.773.392,46	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		47.347.903,87		36.834.093,63
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung EUR 264.264,86; Vj. EUR 342.763,64)		1.630.103,25		1.836.190,91
7. Erträge aus Beteiligungen	225.512,78	32.156.747,33	245.491,43	23.097.064,35
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.214.636,68		406.639,42	
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	129.471,81		89.220,88	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	470.290,35		52.052,93	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 1.890.225,47; Vj. EUR 1.968.786,67)	1.902.696,51		2.212.453,15	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		137.215,11		-1.419.048,49
		73.583,18		965.704,90
13. Ergebnis nach Steuern		-43.209,42		3.165.881,32
14. Sonstige Steuern		152.408,08		112.160,45
15. Jahresfehlbetrag (Vj. -überschuss)		-195.617,50		3.053.720,87
davon DIHK-Wirtschaftsplan		21.472,60		3.925.185,01
Registeranwendungen		0,00		-168.594,49
Delegationen/Repräsentanzen		-217.090,10		-702.869,65
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		19.619.393,53		24.290.485,62
davon DIHK-Wirtschaftsplan		16.789.562,94		20.589.190,89
Delegationen/Repräsentanzen		2.829.830,59		3.532.700,24
Registeranwendungen		0,00		168.594,49
17. Entnahmen aus der Vorsorge		4.518.913,25		4.329.687,04
18. Einstellungen in die Vorsorge		5.064.000,00		12.054.500,00
19. Bilanzgewinn		18.878.689,28		19.619.393,53

Impressum

Ihre Ansprechpartner 2024: <https://www.dihk.de/de/ueber-uns>

Herausgeber © DIHK – Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Telefax 030 20308-1000 | Internet: www.dihk.de



Redaktion Frank Thewes, Urban Comploj, DIHK Berlin

Grafik Design Friedemann Encke, DIHK Berlin

Bildquellen Umschlagseiten:

U1: Julia Steinigeweg

U2: Helmut Thewalt, Trier; Jens Schicke; Fotografie Link; Werner Schuering; Thomas Seuthe; Thomas Kierok.

U3: ari / Michael Reichel; IHK Köln; Fotostudio Karin; Barbara Frommann; Dennis Williamson; Honkphoto Holger Kiefer; Foto Borchard / Angelika Loeffler);
Bildstürmer; IHK Rhein-Neckar; IHK Neubrandenburg / Thomas Kunsch; Thomas Kiehl; IHK Dresden; Jörg Sarbach; Herbener;
Kristin Langholz / Gründer-Journal / Linsenmomente; Goran Gajanin / Serverin Schweiger / Das Kraftbild; Matthias Wuttig / www.fotofuerdich.de;
IHK Potsdam / Ann-Kathrin Löhnwitz (2); Muck (2); Foto Brunke; Oliver Vonberg / Handelskammer Hamburg.

U4: EMW AG; foto-ziemlich-sulzbach; IHK Trier / Christopher Arnoldi; Angelika Heim; Enno Kapitza; IHK Berlin / Philip Arnoldt; IHK Flensburg;
IHK Rhein-Neckar; IHK Dresden; privat; Amin Akhtar / IHK Berlin; Oliver Vonberg.

U5: EMW AG; BMW AG; Peter Herzig; TKM GmbH; Frank Peterschroeder; Melanie Löffler; www.markopriske.de; Kristin Langholz / Gründer-Journal / Linsenmomente;
Annette Birkenfeld; David Weyand; Jens Schicke; FOTO Borchard / Angelika Loeffler; IHK Neubrandenburg / Thomas Kunsch; Herbener;
Goran Gajanin / Serverin Schweiger / Das Kraftbild; Matthias Wuttig / www.fotofuerdich.de;

Innenteil:

S. 2 Getty Images; S. 4 Marko Priske; S. 5 Getty Images; Werner Schuering; Jens Schicke; S. 6 Jens Schicke; S. 7 Getty Images; S. 8 Werner Schuering; S. 10, 11 Schicke / Plambeck;
S. 13 Thomas Ernst; S. 15 Silvia Kriens; S. 16 Lam Nguyen / AHK Vietnam; S. 17 David Helmich / Servicebüro „Lokale Bündnisse für Familie“; S. 18, 19 Jens Schicke / Netzwerkbüro
„Erfolgsfaktor Familie“; S. 20, 21 Marko Priske; S. 22, 23 Jens Schicke; S. 24 Stephan Schütze; S. 25 Werner Schuering; S. 26 IHK-Netzwerkbüro Afrika / DIHK Service GmbH;
S. 27 Nils Hasenau (2), Marko Priske; S. 28, 30, Jens Schicke; S. 31 Jens Schicke (2), Werner Schuering (2); S. 33, 34, 35, 36, 37 Nils Hasenau; S. 38 Jens Schicke; S. 39 Nils Hasenau;
S. 40 Philippe Veldeman Photographer, Christophe Licoppe; S. 41 Philippe Veldeman Photographer; S. 42, 43 Jens Schicke; S. 44 Pelsoczy Csaba / DUIHK; S. 45 Constant / AHK
VAE (2), Mohamed Gamas, Christian Rühmkorf; S. 46, 47 Jens Schicke; S. 48 Klemens Kober / DIHK; S. 49 Iris Haidau; S. 50 Werner Schuering; S. 51 Aziz Kamilov; S. 52 Thomas
Börner / DIHK; S. 53 Werner Schuering; S. 53 Julien Adayé; S. 54, 55 Jens Schicke; S. 56 Dominik Butzmann; S. 57 Werner Schuering; S. 58, 59 Hildegard Reppelmond / DIHK;
S. 60 Ralf Rühmeier; S. 62 Zacarias Garcia; S. 63 Christian Fliegner / DIHK Service GmbH; S. 64 Imperial Tobacco Polska; S. 65 Katja Zimmermann; S. 65 IHK-Netzwerkbüro
Afrika / DIHK Service GmbH; S. 66 Friedemann Encke / DIHK, Getty Images; S. 67 Getty Images; S. 68 Lukas Schramm / JD; S. 69 Christian Schneider / WJD; S. 72 Getty Images.

Stand März 2024

Druck DCM Druck Center Meckenheim GmbH | Werner-von-Siemens-Straße 13 | 53340 Meckenheim

Gemeinsam Wirtschaft Stärken

